:antifaschistische nachrichten

Nr. 6

g 3336 21.3.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Demo gg „Braunes Haus“

Dienstag Morgen wurden 33 Wohnobjekte von Neonazis des Aktionsbüros Mittelrheins und ihren Unterstüzer_innen durchsucht; 24 Neonazis sitzen in U-Haft, insgesamt wird gegen 33 Personen ermittelt. Überraschend sind die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft nicht; Konsequenzen eher schon längst überfällig. Antifaschistische Gruppen weisen schon seit Jahren auf die enorme Gewaltbereitschaft und Gefährlichkeit des Aktionsbüro-Mittelrhein hin. Gerade vermeintliche politische Gegner_innen waren ständigen psychischen sowie physischen Bedrohungen und Übergriffen ausgesetzt.

Auch wenn die laufenden Ermittlungen und Razzien der Staatsanwaltschaft Koblenz mit großer Wahrscheinlichkeit ein heftiger Schlag gegen die Neonaziszene im nördlichen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen darstellen, darf damit aber ausdrücklich kein Schlussstrich

Fortsetzung Seite 2

Bundesweite Razzien bei „Aktionsbüro Mittelrhein“

Die Polizei ist mit Durchsuchungen in mehreren Bundesländern gegen Unterstützer und Mitglieder des so genannten „Aktionsbüros Mittelrhein“ vorgegangen

Der Schwerpunkt lag auf den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, wo die Ermittler die Wohnungen von insgesamt 33 Personen im Alter zwischen 17 und 54 Jahren durchsuchten und 24 Personen vorläufig festnahmen. In der Region war es in der Vergangenheit immer wieder Nazis zu Übergriffen und Drohungen auf mutmaßliche Personen des linken Spektrums gekommen. Aus diesem Grund hatten zahlreiche antifaschistische Gruppen für kommende Woche zu einer Demonstration in Bad Neuenahr-Ahrweiler aufgerufen.

Am Dienstag kam es nach Angaben der Staatsanwaltschaft Koblenz in mehreren Städten zu mehreren Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern und Unterstützern des „Aktionsbüros Mittelrhein“. Den 31 Beschuldigten wird u.a. die Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Bei den Durchsuchungen durch rund 300 Beamtinnen und Beamte wurden Computer, Datenträger und schriftliche Unterlagen sichergestellt und 24 Personen vorläufig festgenommen.

Die Razzia richtete sich vor allem gegen Personen aus dem Umfeld des „Braunen Hauses“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, welches seit rund zwei Jahren in der Region immer wieder zum Ausgangspunkt für Übergriffe und Einschüchterungsversuche auf vermeintliche politische Gegner geworden ist. Die Ermittlungsbehörde sprach von einem „Klima des Hasses“ das dazu gedient habe, bei den betroffenen Personen der linken Szene Ängste zu schüren.

Darüber hinaus ermittelt die Koblenzer Staatsanwaltschaft wegen gefährlicher Körperverletzung, schweren Landfriedensbruchs und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Unter den noch am Dienstag verhafteten Personen befanden sich nach Informationen von bnr.de mit Axel Reitz und dem Kölner Paul Breuer auch zwei Größen der rechten Kameradschaftsszene in Nordrhein-Westfalen, die in der Vergangenheit zahlreiche Aufmärsche organisiert und angemeldet hatten. Im Anschluss an die Durchsuchungen kam es in Dortmund und München zu Spontandemonstrationen der örtlichen Naziszene.

Den Beschuldigten wird unter anderem Vorgeworfen, an einem Angriff auf das alternative Wohnprojekt „Praxis“ in Dresden-Löbtau beteiligt gewesen zu sein. Vor rund einem Jahr hatten etwa 200 Nazis unter den Augen der untätigen Polizei das Haus minutenlang mit Stöcken, Steinen und Flaschen angegriffen. Bei dem Angriff waren nicht nur Teile des Gebäudes sondern auch zwei Fahrzeuge schwer beschädigt worden. Sächsische Ermittler hatten hatten Monate später die Wohnungen von sechs Neonazis durchsucht, darunter auch die von Paul Breuer und den am Dienstag ebenfalls vorläufig festgenommenen Sebastian Z. aus Erftstadt. Außerdem sollen einige der mittlerweile festgenommenen Nazis während ihrer Anreise nach Dresden Busse mit GegendemonstrantInnen angegriffen und dabei zwei Busfahrer verletzt haben.

Wenige Monate zuvor war bei dem Versuch, das Haus anzuzünden, ein Zimmer ausgebrannt. Nur durch die schnelle Reaktion einiger Bewohnerinnen und Bewohner konnte das Ausbreiten der Flammen auf weitere Räume, in denen zum Teil noch Menschen schliefen, verhindert werden. Die Täter wurden bis heute nicht ermittelt.

addn.me 15.3.2012 ■

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung von Seite 1

unter die politische Auseinandersetzung gezogen werden. Es darf nicht vergessen werden, dass die Opfer neonazistischer Gewalttaten jahrelang nicht ernst genommen und alleine gelassen worden sind. Noch vor kurzer Zeit wurde aus Reihen des Stadtrates Bad-Neuenahr die geplante antifaschistische Demonstration stigmatisiert und ohne Begründung vorverurteilt. Die Annahme, dass die polizeilichen Ermittlungen und Festnahmen des gestrigen Tages den Abschluss einer intensiven politischen und öffentlichen Auseinandersetzung mit den Neonazis im Kreis Ahrweiler bilden, ist falsch. Nicht ohne Grund titeln regionale und bundesweite Medien mit dem „Braunen Haus“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Hier konnten sich über Jahre hinweg feste Neonazistrukturen relativ ungestört etablieren und agieren.

Wir machen deutlich: Die geplante Demonstration am 24. März unter dem Motto „Keine Stadt, keine Straße, kein Haus den Nazis“ wird stattfinden – jetzt erst recht! Antifaschistische Perspektiven können nicht über Nacht entstehen, ihnen liegen eine umfassende und kontinuierliche Aufklärung und aktive Auseinandersetzung mit der Thematik Neonazismus und menschenverachtenden Ideologien zu Grunde. Dabei muss klar sein, dass sich Antifaschismus nicht auf Verbote beschränken darf.

Wir wollen am 24. März ein kraftvolles und entschlossenes Zeichen gegen Neonazis und deren Zentren setzen und für ein schöneres und besseres Leben auf die Straße gehen!

24maerz2012@riseup.net ■

Dortmunder Neonazis solidarisieren sich mit Kameraden

Am Abend des 13. März fand in Dortmund eine Kundgebung von Neonazis aus dem Ruhrgebiet und Ostwestfahlen statt. Anlass war die Verhaftung von 24 Neonazis, denen die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird. Bei einer kurzfristig organisierten Gegenkundgebung informierten Antifaschist_innen über die Hintergründe der Verhaftungen und die Verwicklungen Dortmunder Neonazis in Morde und Gewalttaten.

Am frühen Morgen hatte die Polizei Wohnungen und Häuser der rechten Szene in Rheinland Pfalz, Hessen und NRW durchsucht. (s. S. 1)

Um sich mit den verhafteten Gewalttätern zu solidarisieren, riefen Dortmunder Neonazis zu einer Kundgebung auf, die um 19:20 an den Katharinentreppen begann. In Reden und Flugblättern beklagten sich die Neonazis darüber, dass die Polizei ihre Meinungsfreiheit einschränke. Von den Übergriffen die den Beschuldigten Neonazis zu Last gelegt werden, unter anderem ein Angriff auf ein Wohnhaus in Dresden und ein Überfall auf Antifaschist_innen in Wuppertal, natürlich kein Wort. Dass die Dortmunder Neonazis ihre Unterstützung für die rechten Schläger_innen des „AB Mittelrhein“ bekunden, kann nicht verwundern. Auch die Dortmunder Neonaziszene ist in der Vergangenheit immer wieder für Morde und Überfälle verantwortlich gewesen. Gewalt gegen Menschen die ihnen als Gegner gelten ist ein fester Bestandteil der rechten Ideologie.

Am Rande der Kundgebung machten Antifaschist_innen ihrem Unmut über den neuerlichen Auftritt von Neonazis in der Dortmunder Innenstadt Luft. Etwa 60 Menschen hielten eine spontane Kundgebung auf der Wiese vor der Stadt- und Landesbibliothek ab, um mit Transparenten und Sprechchören gegen die Neonazis zu Protestieren. Während der Kundgebung wurde zur Teilnahme an der Demonstration gegen Polizeigewalt am 17. März und der Demonstration „Rechte Gewalt unmöglich machen“ des Dortmunder Antifa-Bündnis aufgerufen.

Die Polizei verhielt sich nach anfangs aggressivem Auftreten im Laufe der Kundgebung friedlich, einzelne Beamt_innen versuchten jedoch immer wieder die Antifaschist_innen zu provozieren und die Situation durch Zerren an Transparenten zu eskalieren. Nach etwa zwei Stunden zogen die rechten Demonstrant_innen wieder ab, um größtenteils mit Zügen die Stadt zu verlassen.

Rechte Gewalt unmöglich machen

Am 31. März findet in Dortmund eine Demonstration gegen rechte Gewalt statt. Wir wollen in diesem Zusammenhang auf die Aktualität und die Dimensionen rechter Gewalt hinweisen und die tiefe Verankerung rechter Ideologien in der Gesellschaft thematisieren.

Darüber hinaus wollen wir mit dieser Demonstration auch das Ignorieren und Verleugnen von Phänomenen und Ausprägungen (alltäglicher) rechter Gewalt in den Fokus rücken sowie an die Opfer dieser Gewalt erinnern.

Die Demonstration wird im Stadtteil Dortmund-Dorstfeld stattfinden. Dort wohnen viele der Neonazis, die seit Jahren in Dortmund für eine Welle rechter Gewalttaten verantwortlich zeichnen. Anlass ist der siebte Todestag des Punks Thomas Schulz, der im Jahr 2005 von einem Neonazi erstochen wurde.

Kommt zur antifaschistischen Demonstration:
31.03.2012 / 11:00 h
Dortmund / S-Bahnhof Universität

RECHTE GEWALT UNMÖGLICH MACHEN!
Antifaschistische Demonstration
31.03. | Dortmund | dab.nadir.org

Rassistentreffen in Aarhus

DÄNEMARK/AARHUS. Am Samstag, den 31. März, wollen Anhänger rassistischer Organisationen aus mehreren europäischen Ländern im dänischen Aarhus aufmarschieren.

Nach dem Vorbild der „English Defence League“, die sich dem Kampf gegen den Islam verschrieben hat, haben sich mittlerweile in zahlreichen europäischen Ländern Organisationen gegründet, die nun zu einem gemeinsamen „Counterjihad-Treffen“ in Aarhus einladen. Auch die Anhänger der rassistischen Internetseite „PI-News” aus Deutschland haben ihre Teilnahme an dem Aufmarsch der „European Defence Leagues“ (EDL) angekündigt und wollen mit einem eigenen Bus anreisen. Eine antirassistische Gegendemonstration unter dem Motto „Aarhus für Vielfältigkeit“ beginnt am gleichen Tag um 13 Uhr am Bispetorvet, der etwa 300 Meter vom Auftakt der EDL-Demonstration entfernt liegt. *hma* ■

Querfront gegen den Euro

BERLIN. Jürgen Elsässer bringt in seiner „Querfront gegen den Euro“ zusammen, „was auf den ersten Blick nicht zusammengehört“, lobt die „Deutsche National-Zeitung“ in ihrer ersten März-Ausgabe. Berichtet wird über die am 18. Februar in Berlin von Elsässers Zeitschrift „COMPACT“ durchgeführte 2. „Anti-Euro-Konferenz“. Dort hatten etwa 260 Personen in einer „Adlershofer Erklärung“ den „Ausstieg aus dem Euro-System“ gefordert und für den „Aufbau einer Wahlalternative“ plädiert, die sich „für unser Land“ bzw. für „die Wiederherstellung der deutschen Souveränität” einsetzt. Zu den Teilnehmern der Konferenz gehörte auch der Musiker Sacha Korn aus Teltow. Drei seiner Musikstücke fanden sich auf der von der NPD verbreiteten „Schulhof-CD“. Im Januar diesen Jahres erschien ein Interview mit Korn im extrem rechten Monatsmagazin „ZUERST!“. Dessen Chefredakteur, Manuel Ochsenreiter, gehörte unlängst zu den illustren Teilnehmern einer Konferenz zum „Arabischen Frühling” in Teheran. Mehr als 1000 Delegierte, darunter Moslembrüder aus Ägypten und tunesische Unterstützer der Ennahada-Bewegung und Journalisten aus 57 Ländern, diskutierten dort über das „Islamische Erwachen“. Dort traf Ochsenreiter, so „COMPACT“, auch Andrea Ricci (Beirut), Redaktionsmitglied von Elsässers Zeitschrift, die ebenfalls an dieser Konferenz teilnahm. Nach einer Leserumfrage von „COMPACT“, an der sich „mehrere hundert“ Einsender beteiligten, greifen 21 % der „COMPACT“-Leser ansonsten zur „Jungen Freiheit“ und zu anderen einschlägig rechten Publikationen. Neun Prozent zur „Jungen Welt“ und zu anderen linken Zeitschriften. In der März-Ausgabe der „COMPACT“ findet sich diesmal ein Beitrag von Klaus Höpcke. Dieser war bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR. In den 1990er Jahren Landtagsabgeordneter der PDS, gehört Höpcke heute laut „COMPACT” dem „Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei DIE LINKE“ an.

hma ■

Streit um Sarrazin in der Eifel

EIFEL. In der Südeifel gibt es Proteste gegen eine geplante Lesung von Thilo Sarrazin im Rahmen des „Eifel-Literatur-Festivals“ Anfang Mai. Der rheinland-pfälzische Landes-vorsitzende der Linkspartei, Wolfgang Ferner, brachte einen Antrag in den Kreistag Bitburg-Prüm ein, in dem die Ausladung des SPD-Rechtsauslegers gefordert wird. Auch der örtliche Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen ist gegen die Einladung Sarrazins. Auf einer Gegenveranstaltung wolle man sich daher kritisch mit dessen Thesen auseinandersetzen.

hma ■

Konstanz: Brauner Ehrenbürger

Braune Flecken auf der Weste des ehemaligen Konstanzer Oberbürgermeisters und Ehrenbürgers Bruno Helmle: Der war nicht nur Mitglied in verschiedenen Nazi-Organisationen, sondern hat sich auch an jüdischem Eigentum bereichert. Das ist das Ergebnis der Untersuchung von Helmles Vergangenheit durch drei Experten.

Die Historiker konstatierten auch „grobe Tatsachenverdrehungen“ durch den ehemaligen OB. Das wirft nicht nur die Frage auf, warum das seit 1959, als er zum ersten Mal zum OB gewählt wurde, niemand gewusst haben will, sondern auch, ob sich Konstanz einen Ehrenbürger leisten kann, der nicht nur williger Mitläufer war, sondern auch direkt von der mörderischen Politik des NS-Regimes profitiert und seine Biographie geschönt hat.

Linke Liste-Stadtrat Holger Reile hat bei der Gemeinderatssitzung am 1. März, auf der die Causa auf der Tagesordnung stand, dazu Stellung genommen. Am Ende der Debatte war sich eine große Mehrheit im Gemeinderat einig: Bruno Helmle muss die Ehrenbürgerschaft posthum entzogen werden. Hier aus der Rede von Holger Reile:

„Um die größte Mordmaschine der Geschichte am Laufen zu halten, brauchte es neben den Hitlers, Görings, Goebbels, Himmlers oder Freislers auch die Globkes, Oberländers oder Filbingers – und, nicht weniger bedeutend, eben auch die unzähligen Helmles, ohne deren Zuarbeit und Unterstützung das NS-System nicht funktioniert hätte. Das Gutachten zeigt auch deutlich, dass Helmle seine Biographie geschönt und verfälscht hat – man könnte auch sagen, der Mann hat schlichtweg die Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg getäuscht und schändlich belogen.

Für uns ist auch aus diesen Gründen völlig klar, dass Bruno Helmle nun posthum die Ehrenbürgerwürde aberkannt werden muss. Da führt unserer Meinung nach kein Weg vorbei.

Kommunal-Info Mannheim ■

Görlitz: Neonazi-Fußballturnier

Am 17. März 2012 fand in Görlitz / Ostsachsen ein „Nationales-Fußball-Turnier“ statt. Organisiert wurde es vom Görlitzer Neonazi-Aktivist Rocky Mauksch. Das braune Event wurde in der Görlitzer Jahn-Sporthalle durchgeführt. Die ersten Neonazis aus Dresden reisten bereits vor 9 Uhr an. Offizieller Beginn des Turniers war um 10 Uhr.

Rocky Mauksch hatte die Veranstaltung für den Fußball-Verein „Energie Görlitz“ angemeldet und durchgeführt. Der Verein ist in Görlitz bereits seit mehreren Jahren als Tarn-Verein für die Kameradschaft Boot-Boys und diverse Aktivist_innen der Freien Kräfte bekannt. Die erste Herren-Mannschaft (Fußball) besteht fast ausschließlich aus Neonazis oder deren unmittelbarem sozialen Umfeld.

Der Fußball-Verantwortliche und Vorsitzende des Vereins Thomas Seliger ist ebenfalls seit Jahren als aktiver Neonazi in Görlitz bekannt. Seine Mutter betreibt das Europa-Hotel in der Berliner Straße in Görlitz und trat neben der Deutschen Proventus/Görlitz immer wieder als Sponsor der Mannschaft auf. Der Verein nutzt außerdem die Adresse des Hotels als Anschrift.

Zu der Veranstaltung kamen ca. 100 Neonazis v.a. aus den neuen Bundesländern, aber auch Tschechien. Laut einem Eintrag eines Neonazis bei einer social community wurde einem Fernseh-Kamera-Team der Zugang zu der Veranstaltung verwehrt.

Über eine E-Mail-Liste hatte Mauksch außerdem für den Abend auch noch ein Neonazi-Konzert im kameradschaftseigenen Club „Helenenbad“ (Besitzer ist der Görlitzer Bauunternehmer und langjährige Neonazi-Aktivist Rene Nierling) angekündigt. Gerüchten zufolge wurde dies allerdings durch die Stadt verboten.

Wieso die Stadt rechte Veranstaltungen in ihren eigenen öffentlichen Sport-Räumen zulässt und in Neonazi-Räumen verbietet, ist kaum zu verstehen. Bestenfalls ist es noch mit einfacherer und besserer

Überwachung zu erklären, was aber kein Grund dafür sein darf Neonazi-Veranstaltungen überhaupt zu ermöglichen. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist, wie der Verein „Energie Görlitz“ noch weiterhin Unterstützung durch diverse Sponsoren, die Stadt selber, den Sportbund und den Oberlausitzer Fußball-Verband bekommt.

E.G. 17.03.2012 ■

„Die Sicherheitsbehörden rechnen sich die Statistik rechtsextremer Straftaten weiterhin schön“

kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke. Das gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor (17/8746). Jelpke weiter:

„Aus sämtlichen 144 107 offenen Haftbefehlen, die es bundesweit gibt, hat das BKA mit den Ländern die Haftbefehle gegen jene Personen herausgerechnet, die polizeilich bereits als rechte Straftäter bekannt sind oder deren Haftbefehlen politisch rechts motivierte Straftaten zugrunde liegen. Ergebnis: Gegen 160 Nazis liegen derzeit unvollstreckte Haftbefehle vor. Nur 50 von diesen 160 werfen die Sicherheitsbehörden eine politisch motivierte Straftat vor, der Rest werde wegen „sonstiger Kriminalität“ gesucht.

Aber: Diese Berechnung ist extrem fragwürdig.

Ein Fall, in dem ein einschlägig bekannter Nazi eine Person türkischer Herkunft würgt und sie mit den Worten beleidigt „so was wie Ihr gehört vergast“, wird als „unpolitisch“ abgetan. Ein Hitlergruß in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung fällt ebenfalls unter „sonstiges“. Elf Fälle der „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ bzw. „Volksverhetzung“ werden von der Polizei dem Bereich der unpolitischen „Sonstigen Kriminalität“ zugerechnet, obwohl der rechtsextreme Hintergrund offenkundig ist. Wie kommt die Polizei zu diesen Einschätzungen? Und wie kommt die Bundesregierung dazu, eine solche Statistik unkommentiert wiederzugeben? Offenbar sind die Sicherheitsbehörden in Deutschland auf dem rechten Auge noch blinder als befürchtet. Das beweist, wie richtig die Forderung der Linkspartei nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle gegen rechte Gewalt ist.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Beratungsstellen veröffentlichen Jahresstatistik zu rechter Gewalt in Ostdeutschland:

706 Fälle rechter Gewalt in Ostdeutschland

Im Jahr 2011 erlangten die Opferberatungsstellen in den östlichen Bundesländern und in Berlin Kenntnis von insgesamt 706 rechtsmotivierten Gewalttaten. 2010 waren 704 Angriffe dokumentiert worden.

Während in Berlin ein massiver Anstieg rechter und rassistischer Gewalt zu verzeichnen ist (2011: 158, 2010: 109), blieben die Angriffe in Mecklenburg-Vorpommern (2011: 97, 2010: 96) und Sachsen-Anhalt (2011: 132, 2010: 132) auf anhaltend hohen Niveau wie im Vorjahr. In Brandenburg (2011: 84, 2010: 108) und Sachsen (2011: 186, 2010: 239) wurden weniger Angriffe dokumentiert. In Thüringen ist aufgrund eines Trägerwechsels der dortigen Beratungsstelle ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen nur bedingt möglich (2011: 49).

Insgesamt wurden die meisten Angriffe in Sachsen (186) gezählt, gefolgt von Berlin (158), Sachsen-Anhalt (132), Mecklenburg-Vorpommern (97), Brandenburg (84) und Thüringen (49). Von den 706 Angriffen waren mindestens 1593 Menschen direkt betroffen. Bei zwei Dritteln der Gewalttaten handelte es sich um Körperverletzungsdelikte (449). In 374 Fällen richtete sich die Gewalt gegen junge Menschen aus linken und alternativen Milieus. 226 Mal war Rassismus die Tatmotivation.

Berlin registrierte die höchste Angriffszahl seit 2006. Am häufigsten wurden dort Menschen aus rassistischen Motiven verletzt. In Sachsen-Anhalt hat sich die Anzahl der Gewalttaten gegen „politische Gegner“ im Vergleich zum Vorjahr nahezu vervierfacht. In Mecklenburg-Vorpommern setzten Neonazis die Serie von Anschlägen auf Büros von Landtagsabgeordneten demokratischer Parteien und Angriffe auf Kulturzentren fort. In Sachsen ging die Anzahl der Angriffe im ländlichen Raum um fast 30 Prozent zurück, während sie in Dresden und Leipzig auf hohem Niveau blieben. Betroffen waren vor allem nicht-rechte Jugendliche. In Brandenburg sind die dokumentierten Angriffszahlen rückläufig. Schwerpunkte liegen in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wittstock.

Auffällig ist in Thüringen die hohe Zahl der direkt Betroffenen. Hintergrund war ein Überfall auf das Park- und Schlossfest in Greiz. Eine Gruppe von von 15 bis 20 Männern stürmte ein abgeschlossenes Konzertgelände. Etwa 100 Menschen fanden sich plötzlich in einer bedrohlichen Situation wieder, in der die Täter mit Reizgas in die Menge sprühten, Bierbänke und -gläser warfen und einen Mann gezielt niederschlugen. Bei der Verhandlung am Amtsgericht Gera stellte sich als Tatmotiv die Ablehnung einer Gruppe alternativer junger Menschen heraus, die sich auf dem Gelände aufhielten.

Bundesweit wurden zwei Menschen 2011 durch Neonazis getötet. Am 27. März 2011 wurde der vietnamesische Wohnungslose Duy-Doan Pham in Neuss (NRW) von zwei Männern zu Tode geprügelt. Einer der Täter hatte Kontakte zur Neonaziszene und trägt ein Hakenkreuz auf seiner Brust tätowiert. Das dritte Jahr in Folge forderte rechte Gewalt in Sachsen allem Anschein nach ein Todesopfer. Am 27. Mai wurde der Wohnungslose André K. in Oschatz (Sachsen) brutal zu Tode geprügelt. Die bisherigen Informationen zu Tathergang und Tätern geben Hinweise auf ein rechtes Tatmotiv. Es ist daher nicht auszuschließen, dass Andre K. aufgrund sozialdarwinistischer Einstellungen sterben musste.

Jedes Jahr werden Menschen aus rassistischen, antisemitischen, homophoben oder sozialdarwinistischen Motiven angegriffen und ermordet. Dass diese Tatmotive von gesellschaftlicher und staatlicher Seite ernst genommen und anerkannt werden, wäre ein erster Schritt der Solidarität mit den Opfern und den Hinterbliebenen. Bisher taucht nur ein Drittel der Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung in den offiziellen Statistiken auf. Wir fordern, dass die offiziellen Zahlen der Todesopfer rechter, rassistischer Gewalt korrigiert werden.

Um Betroffene schnell, angemessen und unbürokratisch zu unterstützen und ein unabhängiges Monitoring zu gewährleisten ist eine dauerhafte und langfristige Finanzierung der Opferberatungsprojekte nötig. Nicht zuletzt die rassistischen Morde und Anschläge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und die Tatsache, dass viele Angehörigen und Betroffene vor Ort weitestgehend alleine dastehen machen deutlich, dass ein flächendeckender Auf- und Ausbau der professionellen Opferberatungsprojekte in den westlichen Bundesländern längst überfällig ist.

Statistisches Material zu Angriffszahlen, Tatmotiven und Straftatbeständen: http://www.opferperspektive.de/Presse/1106.html ■

„Die Bundesregierung vernachlässigt das Problem der rechtsextremen Subkultur in Gefängnissen"

kritisiert die innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion (17/8745). Jelpke weiter:

„Neofaschistische Gefangene organisieren sich in Cliquen, verbreiten ihre Propaganda, schüchtern kritische Häftlinge ein und versuchen, neue Anhänger zu rekrutieren. Der Bundesregierung ist zwar nach ihren Angaben bewusst, „dass zumindest in einzelnen Justizvollzugsanstalten entsprechende Subkulturen bestehen", deren Bekämpfung überlässt sie aber den Anstaltsleitungen bzw. den Bundesländern.

Kriminologische Forschungsberichte sind alarmierend genug: In Brandenburg ist über ein Viertel der Insassen von Jugendstrafanstalten rechtsextrem, in Sachsen-Anhalt bis zu 20 Prozent. Es ist zu befürchten, dass diese Jungnazis radikalisiert und nicht resozialisiert aus dem Vollzug zurückkehren.

Dennoch lässt die Bundesregierung nicht ansatzweise erkennen, dass sie das Problem umfassender aufarbeiten will. Sie lehnt sich mit dem Verweis auf die unvollständige Forschungs- und Datenlage zurück, anstatt selbst Initiativen zu ergreifen, um diese Lücken zu füllen. Der Kampf gegen Neofaschismus ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die endlich ernst genommen werden muss. Die Bundesregierung muss schleunigst mit den Ländern geeignete Gegenmaßnahmen gegen die partielle Dominanz des Knastalltags durch Nazis beraten und sie bei der Umsetzung unterstützen."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE.

Innenministerium erklärt sich im Ausschuss zu Polizeieinsatz in Münster

Auf Druck der Fraktion DIE LINKE hin wird sich der Innenausschuss des Landtags nun doch mit dem Polizeieinsatz rund um den Neonazi-Aufmarsch am vergangenen Samstag in Münster befassen. „Gegenwärtig kommen laufend neue Erklärungen von Betroffenen und Zeugen des Polizeieinsatzes hinzu", erklärt Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Fraktion die Dringlichkeit der Debatte. „Viele Menschen, die sich in Münster couragiert den Neonazis in den Weg stellen wollten, erheben ernste Vorwürfe gegen die Polizei." Es sei daher dringend geboten, dass die Landesregierung zum Umgang der Polizei mit Anwohnern/-innen und Demonstranten/-innen in Münster Auskunft gebe. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Ausschuss-

Aufruf: Stolberg 2012 – Gemeinsam den Naziaufmarsch blockieren!

Seit 2008 instrumentalisieren Nazis den Tod eines Jugendlichen in Stolberg für ihre rassistische Propaganda. Dabei ist ihr Ziel in Stolberg einen Märtyrerkult aufzubauen, ähnlich dem, der etwa im schwedischen Salem besteht. In Neonazikreisen setzte sich eine Konstruktion der Ereignisse durch, die auf Opfermythos, Märtyrerkult und Rassismus setzt. Es wurde ein Bild gezeichnet, nachdem die Tat nur ein weiteres Beispiel, für eine ständige Verfolgung „der Deutschen" durch MigrantInnen, durch Linke und durch eine breite Öffentlichkeit sei, gegen die sie sich gemeinsam, entschlossen und gewaltsam zur Wehr setzten müssten. Kevin P., der Getötete wurde stilisiert zum „Held, der für Deutschland fiel", zum „Soldat, im Kampf ermordet", zum „Märtyrer für die national(sozialistisch)e Sache", eben als einer der ihren. Und wenn schon nicht einer der ihren, denn in dieser Frage sind sich die Neonazis nicht einig, so war er doch wenigstens „ein junger Deutscher". Dass es sich bei dem Streit um einen sogenannten Beziehungsstreit handelte, erwähnten sie nicht.

Für die Nazis entwickelt sich Stolberg zu einer Großveranstaltung. So versammeln sich jedes Jahr im April zwischen 500 und 800 Nazis in Stolberg um ein symbolisches Datum zu schaffen, mit dem bundes-, wenn nicht europaweit ein Aufmarschanlass geschaffen und zudem eine teils taktisch zerstrittene Szene geeint werden kann.

Auch 2011 mobilisierten Nazis bundes-, zum Teil europaweit für ihren Trauermarsch. Erschreckend war sicherlich, dass trotz fehlender NPD-Mobilisierung über 400 gewaltbereite Nazis dem Aufruf folgten und durch Stolberg marschierten.

Für Neonazis sind kollektive Veranstaltungen wie Aufmärsche nicht nur wichtig, um Rassismus und Nationalismus öffentlich zu propagieren. Sie festigen auch das Selbstbild eines kollektiven „Wir" der TeilnehmerInnen. Jeder erfolgreich durchgeführte Aufmarsch wirkt motivierend, stabilisierend und ideologisierend auf die NS-Szene. Die Auswirkungen zeigen sich in verstärkter überregionaler Vernetzung, aber auch im Kleinen; durch ein alltägliches offensives, gewalttätiges Auftreten von NeofaschistInnen in Stolberg, Düren, Aachen – Städte, in denen Menschen zunehmend Opfer von Nazigewalt werden.

Nazis blockieren – Den Märtyrerkult stoppen!

Nicht zuletzt die Blockaden in Dresden, Wunsiedel, Lübeck und Köln haben bewiesen, dass es mit vielen Menschen möglich ist, Naziaufmärsche zu verhindern. 2011 konnten wir den Aufmarsch verzögern, 2012 werden wir ihn verhindern.

Um effektiv etwas gegen den entstehenden Märtyrerkult erreichen zu können, um dem rechten Gedenken ein Ende zu setzen, um zu verhindern, dass Neonazis ihre rassistische Propaganda verbreiten, werden wir mit allen, die diese Aufmärsche effektiv verhindern wollen, die Nazis Anfang April 2012 blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg!

Doch damit eine solche Blockade erfolgreich wird, bedarf es eines großen Bündnisses. Wir sind davon überzeugt, dass eine Vielfalt von Protesten, von solidarischen Protesten, uns nicht nur unseren Zielen näher bringt, sondern uns auch lernen lässt, welcher Wert in Differenz und in der Vernetzung steckt.

Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.



sitzung am Donnerstag wird nun das Innenministerium Stellung zu den Vorgängen beziehen. DIE LINKE bezieht sich in ihrer „Dringlichen Anfrage“ vor allem auf die Kritik von bisher 38 Anwohnern/-innen aus Münster-Rumphorst an der Abriegelung ihres Stadtteils zugunsten des Naziaufmarsches. „Außerdem wurde neben dem bereits bekannten Fall eines schwer verletzten Jugendlichen ein weiterer Fall eines Demonstranten bekannt, der erst gestern nach mehrtägiger Behandlung das Krankenhaus verlassen konnte“, erläutert Conrads. „Zudem mehren sich Hinweise darauf, dass mit Frau Remmers MdB nach ihrer Festnahme anders verfahren worden war als mit einem Großteil der weiteren Inhaftierten an diesem Tag.“ Es bestehe die Möglichkeit, dass sich ausschließlich die Bundestagsabgeordnete Remmers auf der Polizeidienststelle vollständig entkleiden musste.

Florian Kaiser, Pressesprecher DIE LINKE. Fraktion im Landtag NRW, 07.03.2012 ■

Rechtes Magazin ZUERST! wechselt den Vertrieb

HAMBURG. Nach Informationen aus dem Betriebsrat der Bauer Media Group wechselt der braune Verleger Dietmar Munier die Vertriebsgesellschaft für seine Nazi-Publikation „ZUERST!“. Sie soll ab Mai 2012 nicht mehr durch die 100%ige Bauertochter „Verlagsunion“ vertrieben werden, sondern durch die Firma „IPS Industrie Presse Service Hermann Selze“. Ab 2013 sollen durch diese Firma auch die übrigen Munier-Blätter wie „Der Schlesier“ und die „Deutsche Militärzeitung“ (DMZ) vertrieben werden.

Leider ist die Vertriebsumstellung kein Erfolg einer kleinen antifaschistischen Kampagne durch das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“, dem Betriebsrat bei Bauer und anderen aktiven AntifaschistInnen, sondern geschieht nur aus Kostengründen seitens Muniers. Die Bauer Media Group zeigte sich bis zuletzt uneinsichtig und störte sich nicht am Profit mit brauner Propaganda.

Hamburger Bündnis gegen Rechts
http://www.keine-stimme-den-nazis.org ■

„Kein Platz für Nazis in Riga“

In der lettischen Hauptstadt Riga fand Freitag den 16.Maerz eine antifaschistische Konferenz unter dem Titel „The problem of right radicalism in the Baltics“ statt. Anlass war der Aufmarsch von Angehörigen der ehemaligen – lettischen – Waffen-SS. Zweimal gingen die TeilnehmerInnen der Konferenz auf die Straße und machten klar, dass es „keinen Platz für Nazis geben kann“. Die Konferenz, die von der internationalen Organisation „World Without Nazism“ veranstaltet wurde, beleuchtete auf vielfältige Weise die Rolle der – lettischen – Waffen-SS, den aktuellen Nationalismus in den baltischen Ländern, den internationalen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und erörterte mögliche Gegenstrategien. Ich war als Aktivist des Europäischen bzw. des Österreichischen Sozialforums eingeladen und referierte über die Gründe der aktuellen enormen – internationalen – Ausbreitung der extremen Rechten.

Zweimal gingen die TeilnehmerInnen der Konferenz auf die Straße, um den Hochjublern der Waffen-SS einen kräftigen Strich durch die Rechnung zu machen. Noch bevor diese ihren Zielpunkt, das „Freiheitsdenkmal“ im Zentrum der Stadt erreichen konnten, wurde von uns eben dort – unter starker Medienpräsenz – ein Kranz mit der Schleife „Zur Erinnerung an die Opfer der Nazis“ niedergelegt.

Zwei Stunden später gingen wir abermals auf die Straße. Die OrganisatorInnen des Aufmarschs hatten in der Zwischenzeit vor unserem Kranz das Symbol der Waffen-SS gestellt. Wir entfernten dieses, hielten kurze Ansprachen und gaben den Medien Interviews. Auch ich ergriff das Wort, drückte meine Solidarität mit den lettischen AntifaschistInnen aus und unterstrich, dass es heute „keinen Platz für Nazis und ihre Verherrlicher geben kann“.

Fortsetzung Seite 8

Frankreich: Mordanschlag auf Schüler und Lehrer einer jüdischen Bildungseinrichtung

Vier Menschen, unter ihnen drei Kinder und ein Erwachsener, wurden am Montag früh – 19. März 2012 – in Toulouse (Südwestfrankreich) ermordet. Es handelt sich um einen Lehrer sowie zwei seiner Kinder und einen Schüler an einer jüdischen Privatschule. Sie wurden Opfer einer gezielten Mordattacke, die mit einer Schusswaffe des Kalibers 11.43 ausgeführt wurde. Dieses Kaliber ist in Frankreich eher selten, außer in Kreisen der Organisierten Kriminalität.

Laut bisherigen Kenntnissen war der Mörder ein einzelner Schütze, der einen Helm trug und auf einem Mofa oder Motorroller floh. Das benutzte Kaliber und die Vorgehensweise (ein Schütze auf einem Motorroller oder Motorrad) sind dieselben wie bei den beiden jüngsten Mordanschlägen auf Soldaten in Südwestfrankreich, Toulouse und Montauban, am Donnerstag vergangener Woche sowie am vorletzten Sonntag. Dabei wurden, ebenfalls mit Kaliber 11.43, insgesamt vier Soldaten ermordet: drei arabischstämmige französische Legionäre und ein schwarzer karibikfranzösischer; die verwendete Tatwaffe war bei beiden Anschlägen dieselbe. Einer der vier Legionäre hatte in Afghanistan gedient. Aber es wird vielfach vermutet, der Täter hätte angenommen, alle vier hätten sich dort aufgehalten. Denn die Einheiten, bei denen sie dienten, seien regelmäßig dort stationiert. – Im Laufe des Montag bestätigten die Ermittlungen, dass es sich in allen drei Fällen um dieselbe Tatwaffe handelte.

Denkbar ist eine Neonazi-Tat; ihr wären ein Schwarzer, mehrere „Maghrebiner“ und nunmehr auch mehrere jüdische Menschen zum Opfer gefallen, was in ein neo-nazistisches Gesamtprofil hinein passt. Aber auch die Tat eines islamistischen Terroristen, der beispielsweise „Rache für getötete Afghanen“ hätte nehmen wollen, ist denkbar. Im letzteren Falle hätte ein islamistischer Täter ebenfalls besonders gezielt maghrebinischstämmige Soldaten attackieren können, „weil es besonders schlimm ist, dass sie im Auftrag von Ungläubigen (in Afghanistan) andere Moslems töten“.

Am Montag Nachmittag erhärtete sich die Neonazi-Spur, nachdem mehrere Presseorgane daran erinnerten, dass 2008 eine Neonazi-Connection in einer Kaserne in Montauban ausgehoben wurde.

Präsident Nicolas Sarkozy möchte ebenso wie der Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen stärksten Oppositionspartei, François Hollande, noch im Laufe des Montag nach Toulouse reisen. Die „Sozialistische“ Partei unterbrach ihren Wahlkampf, aus Pietätsgründen. Aber auch die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen verschob aus demselben Grund eine Debatte, an welcher sie teilnehmen sollte.

Bernhard Schmid ■

DGB: Der 1. Mai in Bonn gehört uns!

Forderung nach Demonstrationsverbot für Neonazis

Als unerträgliche Provokation empfindet der Deutsche Gewerkschaftsbund Köln-Bonn die Demonstrationsanmeldung einer rechten Gruppierung für den 1. Mai in der Bonner Innenstadt. Ingo Degenhardt, ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg protestiert aufs Schärfste. „Der 1. Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den werden wir uns nicht nehmen lassen. Wir werden demonstrierend durch die Straßen ziehen und uns auf dem Marktplatz zu unserer Kundgebung versammeln. Eine Gefährdung unseres Demonstrationszuges und unserer Kundgebung werden wir nicht zulassen“, so Ingo Degenhardt.

Der DGB ruft alle Demokratinnen und Demokraten in der Stadt und in der Region auf, mit uns gemeinsam friedlich und entschlossen zu demonstrieren. DGB und Gewerkschaften werden neben ihren Forderungen nach gerechten Löhnen und sozialer Sicherheit ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzen. Degenhardt: „Wir haben 2008 hier in unserer Stadt mit 2500 Menschen ein deutliches Zeichen gegen Rechts gesetzt und das werden wir auch am 1. Mai in der Bonner Innenstadt tun.“

Vor dem Hintergrund, dass 2009 in Dortmund die DGB-Demonstration von den „Autonomen Nationalisten“ angegriffen wurde und es heute eine groß angelegte Razzia in mehreren Bundesländern gegen das rechtsextreme „Aktionsbündnis Mittelrhein“ gegeben hat, fordern der Köln-Bonner Regionsvorsitzende Andreas Kossiski und Ingo Degenhardt die zuständigen Behörden auf, intensiv und unter Einsatz aller zur Verfügung stehender Mittel, ein Verbot der für Bonn angemeldeten Neonazidemo zu prüfen. Beide betonen ausdrücklich, dass es zwingend geboten ist, am 1. Mai dem Tag der Arbeit, allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen den Rücken zu stärken.

„Wir werden nie vergessen, was 1933 mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern geschehen ist. Der 1. Mai bleibt der Tag der Demokratinnen und Demokraten und darf nicht missbraucht werden für die Hetze gegen Andersdenkende“, so Andreas Kossiski.

PM DGB Köln-Bonn ■

Kongress des DGB NRW und des DGB-Bildungswerk NRW:

Für Freiheit, Vielfalt und Toleranz! Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW

Der DGB NRW und das DGB-Bildungswerk NRW möchten auf dem Kongress „Für Freiheit, Vielfalt und Toleranz! Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW“ Menschen zusammenbringen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus engagieren. Gemeinsam wollen wir darüber diskutieren, was zu tun ist gegen Rechtsterrorismus, Neonazis und gegen den Alltagsrassismus in Nordrhein-Westfalen.

Den einführenden Vortrag wird Hans Leyendecker (Süddeutschen Zeitung) übernehmen. Anschließend finden Workshops zu unterschiedlichen Aspekten des Themas statt. Nach Mittag ist eine Podiumsdiskussion geplant mit Ralf Jäger (Innenminister NRW), Ullrich Sierau (Oberbürgermeister Dortmund), Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender DGB NRW), Armina Omerika (Islamwissenschaftlerin, Teilnehmerin Deutsche Islamkonferenz) und Sabrina Erdmann (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland).

Wir laden Sie herzlich ein, an der Veranstaltung teilzunehmen! Die Veranstaltung findet statt am Samstag, 28. April 2012, 10.00 bis 14.30 Uhr, in Dortmund (Innenstadt). Aus Sicherheitsgründen wird der genaue Veranstaltungsort erst nach der Anmeldung bekanntgegeben. Anmelden können Sie sich bis zum 18. April 2012 unter **http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/kongress.**

DGB NRW BILDUNGSWERK e.V. DER GEWERKSCHAFTEN

Tagungsablauf

09.15 Uhr	Einlass und Stehcafé	
10.00 Uhr	**Begrüßung**	Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender des DGB NRW), Jutta Reiter (Vorsitzende des DGB Dortmund)
10.20 Uhr	**Zur Lage der Republik: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland**	**Hans Leyendecker** (Süddeutsche Zeitung)
11.15 Uhr	**Workshop 1:** Kein Platz für Nazis – Aktivitäten und Bündnisarbeit vor Ort	[illegible] (DGB-Jugend Dortmund), Hans-Peter Killguss (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Iris Kloppich (Vorsitzende des DGB Sachsen), [illegible] (Landesvereinigung für politische Bildung)
	Workshop 2: NPD-Verbot – Chancen und Risiken eines neuen Verbotsverfahrens	Heiko Klare und Michael Sturm (mobim – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Münster), N. N. (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland)
	Workshop 3: Fußball und Rassismus – Rassismus im Stadion wirksam begegnen	Florian Schubert (Bündnis Aktiver Fußballfans), Johannes Rittig (Fanprojekt Dortmund)
	Workshop 4: [illegible] – Versammlungsrecht im Kampf gegen Rechts	Frank Richter (Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei NRW), [illegible] (Rechtsanwalt, Münster)
	Workshop 5: Rassismus im Betrieb – Strategien gegen Diskriminierung und Ausgrenzung am Arbeitsplatz	Dr. Klaudia Tietze (Gelbe Hand e.V.), Peter Trube (Betriebsrat bei Thyssen-Krupp in Duisburg), [illegible] (Diversity Managerin bei Ford in Köln)
	Workshop 6: Tabuisiert, verfolgt, beleidigt – Opfern rechter Gewalt eine Stimme geben	Claudia Luzar (Beratungsstelle Back up, Dortmund), [illegible] (Mitglied des Rates der Stadt Dortmund)
	Workshop 7: Nazis im Web 2.0 – Was tun gegen rechte Propaganda im Netz?	[illegible] (netz-gegen-nazis.de), [illegible] (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)
12.30 Uhr	Mittagspause	
13.15 Uhr	**Podiumsdiskussion: „Wie können Neonazismus und Rassismus in NRW wirksam bekämpft werden?“**	**Andreas Meyer-Lauber** (Vorsitzender des DGB NRW), **Ralf Jäger** (Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW), **Ullrich Sierau** (Oberbürgermeister der Stadt Dortmund), **Armina Omerika** (Islamwissenschaftlerin, Teilnehmerin Deutsche Islamkonferenz), **Sabrina Erdmann** (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland)
14.30 Uhr	**Schlusswort**	Andreas Meyer-Lauber
	Moderation: Stephanie Schmidt (WDR Landesstudio Düsseldorf)	

Bei der Anmeldung bitte angeben, welchen Workshop Sie besuchen möchten

Fortsetzung von Seite 6

Im Anschluss an diese gelungene Aktion setzten wir die Konferenz fort. Der Umstand, dass unter den TeilnehmerInnen des Aufmarsches nicht nur unverbesserliche Ewiggestrige, sondern viele – auch junge – NormalbuergerInnen' waren, stimmte nachdenklich. Es wurde offensichtlich, dass die Ursachen fuer diesen Umstand- die aktuellen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen – mitreflektieret werden müssen. Und dass der Kampf gegen die extreme Rechte sich nicht in Aufklärung – so wichtig diese ist! – erschöpfen kann. Es gilt Aufklärung und Gegeninformation mit praktischen Aktionen – wie in Riga oder schon früher in Dresden- und sozialen und ökonomischen Konzepten zu begegnen, um den Rechten den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen, auf dem sie gedeihen können.

Hermann Dworczak ■

Anklage wg. „Döner-Killer"

MEPPEN: Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hat unter anderem wegen des Liedes „Döner Killer" Anklage gegen den Sänger der Naziband „Gigi und die braunen Stadtmusikanten" erhoben. Das Lied bezieht sich auf die Mordserie der Thüringer Neonazi-Zelle an Migranten. Es erschien bereits 2010, als die Hintergründe der Mordserie noch nicht bekannt waren.

antifa aktuell 3/2012 ■

Staatsknete für NPD

Nach wie vor erhält die NPD beträchtliche staatliche Mittell obwohl sie ihre Verfassungsfeindlichkeit offen zur Schau trägt. Von 2005 bis 2009 nahm die Partei laut ihren Rechenschaftsberichten 1628 Millionen Euro ein. Davon stammten 6,75 Millionen Euro (41 Prozent) aus staatlichen Mitteln. Gleichzeitig begleiten immer wieder Finanzskandale die Partei. Mal wurden überhöhte Spendeneinnahn1en behauptet, un1 an ebenso höhere staatliche Zuschüsse zu gelangen. Mal erleichterte ein Schatzn1eister die NPD und über 700000 Euro, um damit seine bankrotte Firma zu retten. Dessen Nachfolger war nicht in der Lage, einen ordnungsgemäßen Rechenschaftsbericht zu erstatten. Gegenwärtig streitet die NPD weiter mit der Bundestagsverwaltung, die 2,5 Millionen Euro wegen falscher Rechenschaftsberichte zurückverlangt. Die finanziellen Durststrecken überwindet die Partei vor allem mit den Mitteln der Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen flossen so jährlich zwischen 2006 bis 2011 jeweils 1,4 bis 2,3 Millionen Euro in ihre Kassen. Zwar dürfen Zuschüsse für die Fraktionsarbeit nur für deren parlamentarische Arbeit (Mitarbeiter-technische Ausstattung, Öffentlichkeitsarbeit usw.) verwendet werden, aber die NPD ist trickreich genug, die Bestimmungen für sich günstig auszulegen. Unter der Regie des neuen Vorsitzenden Apfel hat Schatzn1eister Andreas Storr gleich zwei weitere Vorstandsmitglieder an der Seite, die für das Thema Finanzen verantwortlich sind, und hofft so, weitere Skandale zu vermeiden.

antifa aktuell 3/2012 ■



Münster, 3.3.2012, Foto: K. Richert

Von Gauck begeistert

Die Rechtsextremen sind über die Bundespräsidentenwahl gespalten. Die NPD stellte mit einem Berater der sächsischen Landtagsfraktion einen eigenen Kandidaten auf. Das Blatt macht mit der Schlagzeile „Wir sind Präsident" auf – in Anlehnung an die Bildzeitungs-Schlagzeile zur Papstwahl. Chefredakteur Dieter Stein gibt die Losung aus: „Joachim Gauck … ist es zuzutrauen, die Aussöhnung der Deutschen mit sich und ihrer Geschichte zu forcieren. Sein Plädoyer für Vaterlandsliebe und Freiheitswillen, sein beispielgebender Patriotismus könnten die Normalisierung unserer Nation befördern." Unter Normalisierung versteht das Blatt zweierlei – zum einen deutschen Nationalismus und zum anderen ein Ende der Holocaust-Debatte. In der Ausgabe 10 wird das Blatt noch deutlicher: Gauck habe 2008 die „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus" unterschrieben: „Implizit wandte er sich damit gegen das geschichtspolitische Dogma: die Singularität des Holocaust, die faktische Kollektivschuld und die Pflicht zur dauerhaften Sühne, das Amtsvorgänger Richard von Weizsäcker in seiner 8.-Mai-Rede 1985 im Bundestag dekretiert hatte. Hat Gauck das Hzeug zum Gegen-Weizsäcker?" Mehr Stimmen als Weizsäcker hat Gauck auf jeden Fall erhalten – es wird interessant zu sehen, ob Gauck die Erwartungen des Blattes erfüllt und ob SPD und Grüne mit ihrem Vorschlag ein rechtes Ei zum Schlüpfen gebracht haben.

U.D. ■

67. Jahrestag der Selbst- Gedenken an Sinti und

In Weimar/Buchenwald wird am 15.4. des 67. Jahrestages der Selbstbefreiung gedacht. Veranstalter: Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos.

Wir rufen auf zur Teilnahme und organisieren auf Nachfrage (info-ac@vvn-bda.de) Mitfahrgelegenheiten.

Zuvor findet statt das 3. Treffen der Nachkommen von Überlebenden, Familienangehörigen und Freunden der Buchenwalder. Interessant dabei ist: „Im Besonderen wollen wir in diesem Jahr an die Sinti und Roma im KZ Buchenwald erinnern."

Der Aufruf, dokumentiert aus dem Mitteilungsblatt „Die Glocke vom Ettersberg"

Aus Anlass des 67. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald wird die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. am Sonntag, dem 15. April 2012 ab 10.30 Uhr im Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald das III. Treffen der Nachkommen in würdigem Rahmen durchführen. Ehemalige Häftlinge, Nachkommen mehrerer Generationen sowie Antifaschistinnen und Antifaschisten werden der Taten gedenken, die mit der

Der Kapitalismus ist die Krise!

Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus
Großdemo in Frankfurt/M. Sa., 31.3., 14 Uhr Hauptbahnhof

Deutsche Vorherrschaft in der EU

Schon bei ihren ersten Anzeichen wollte Finanzminster Schäuble die Euro-Krise nutzen, um innerhalb der nächsten 10 Jahre aus der EU das zu machen, „was man als politische Union bezeichnet". Die Bundesregierung will ihre Machtposition in der EU auszubauen. Dazu sollen Souveränitätsrechte der beteiligten Staaten (wie das Haushaltsrecht) auf die EU-Ebenen verschoben werden, wo die ökonomische Großmacht Deutschland im Verbund mit Frankreich eine enorme Durchsetzungskraft hat. Ein Staat, dem geholfen werde, so wieder Schäuble, „muss im Gegenzug einen Teil seiner Hoheitsrechte an die EU abgeben". Diese Marschroute hat die Bundesregierung konsequent verfolgt.

Die Krise währt nun schon über ein Jahr, und unsere Zwischenbilanz lautet, dass Deutschland bei seinen Zielen vorangekommen ist. Einige Regierungen wurden ausgetauscht; Rettungsschirme wurden aufgespannt, deren Inanspruchnahme die betroffenen Staaten erhebliche Zugeständnisse kosteten; der Fiskalpakt wird die 25 an ihm beteiligten Länder zu einer rigiden Haushaltspolitik zwingen. Griechenland ist auf einen protektoratsähnlichen Zustand hinabgedrückt worden – es kann kaum noch selbst über seinen Haushalt entscheiden.

Die FAZ triumphierte in ihren Kommentaren, Berlin habe „Europa seinen Stempel aufgedrückt", und Kanzlerin Merkel sei die „Frau, nach deren Pfeife derzeit ganz Europa tanzen muss".

Dramatischer Sozialabbau und Widerstand

Bei solcher Großmannssucht spielen die Auswirkungen des deutschen Diktats auf die Lebensbedingungen in den südeuropäischen Staaten keine Rolle: Massive Einschnitte bei Renten und Sozialleistungen, rasant steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen. So sieht ein deutsch beherrschtes Europa aus! Aber es gibt in den betroffenen Ländern heftigen Widerstand. Unsere Solidarität gilt den dortigen Kämpfen. Es wird Zeit, dass sich auch hier, „im Herzen der Bestie", ein konsequenter Widerstand entwickelt!

Darum unterstützen wir die Großdemo des M31-Bündnisses, an dem sich sehr viele Gruppen und Organisationen aus dem undogmatischen und linksradikalen, anarchistischen und antiautoritären Sprektrum beteiligen. An diesem Tag – dem 31. März – wird es in vielen europäischen Ländern Demonstrationen geben. Sie alle eint die Erkenntnis, dass es nicht um einen menschlicheren Kapitalismus gehen kann, sondern um seine Abschaffung!

Das M31-Bündnis besteht aus Gruppen und Organisationen aus mittlerweile zehn Ländern: Griechenland, Belgien, Niederlande, Ukraine, Spanien, Dänemark Österreich, Italien, Portugal, Slowenien und Deutschland. Sie alle bereiten größere Aktionen vor. Die Demo in Deutschland wird zwischenzeitlich von über 100 verschiedenen Gruppen unterstützt.

Wir rufen zur Demo in Frankfurt auf, denn auch wir sind davon überzeugt, dass der Kapitalismus die Krise ist – und dass



daher die einzig effektive Krisenbewältigung die Abschaffung des Kapitalismus ist. Auch wir sind der Meinung, dass die hierarchischen und autoritären Strukturen, die der Kapitalismus und sein Staat geschaffen haben, durch eine freie Gesellschaft abgelöst werden sollten, die jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung abschafft.

In dem bundesweiten Aufruf heißt es: „Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Kapitalismus und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt." (http://march31.net)

In diesem Sinne: Am 31. März auf nach Frankfurt!

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R, Hamburg) www.agr.de.vu

befreiung von Buchenwald – Roma

Selbstbefreiung der Häftlinge vor 67 Jahren ihren Höhepunkt fanden.

Im Besonderen wollen wir in diesem Jahr an die Sinti und Roma im KZ Buchenwald erinnern. Im Mittelpunkt werden Verfolgung und Völkermord an dieser Minderheit durch die deutschen Faschisten stehen, aber auch ihre Diskriminierung in Deutschland und anderen europäischen Staaten, die bis in die Gegenwart höchste Wachsamkeit gebietet. Die Vorbereitungen zu der Gedenkveranstaltung werden in kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Vertretern des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma getroffen. Zum III. Treffen der Nachkommen erwarten wir Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), Günter Pappenheim, Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft und Erster Vizepräsident des IKBD, Eva Pusztai, Vizepräsidentin des IKBD, Ungarn sowie Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma.

Der Weimarer Historiker Dr. Harry Stein wird über die Häftlingsgruppe der Sinti und Roma im KZ Buchenwald und in den Nebenlagern referieren. Der Bericht über ein Jugendprojekt „Gedenkweg Buchenwald-Bahn" und die Vorstellung von Lebensbildern von verfolgten Sinti und Roma durch junge Leute sollen Bestandteile des Gedenkens sein. Die musikalische Begleitung liegt in den Händen von Ference Snetberger, Gitarre, Ungarn.

Eine gemeinsame Erklärung für Völkerverständigung und Solidarität, gegen Rassismus und Neofaschismus soll das Treffen der Nachkommen beschließen.

LAG Buchenwald-Dora e.V., G.

Frankreich: Rechts-Rechts-Getümmel

Marine Le Pen kann als Präsidentschaftskandidatin antreten. Unterdessen betreibt das Regierungslager eine scharfe Polarisierung von Rechts im französischen Wahlkampf – und übertrifft dabei zeitweilig den Front National...

An diesem Montag, den 19. März 12 wird in Paris die endgültige Liste der Namen der Präsidentschaftskandidatinnen und –kandidaten veröffentlicht. Es handelt sich um jene Bewerber/innen, die nach Überprüfung durch das Verfassungsgericht die rechtliche Voraussetzung dafür erfüllten und bis zum vergangenen Freitag, den 16. März mindestens 500 Unterschriften von Mandatsträgern der Republik vorlegen konnten.

Anders als in deutschen Medien mitunter dargestellt handelt es sich dabei mitnichten um „Stimmen", sondern um einen formalen Akt, den viele Bürgermeister kleinerer Kommunen „im Namen der Demokratie und des Pluralismus" erfüllen. Dies bedeutet, dass eine Unterschrift für eine solche „Wahlpatenschaft" im Prinzip keinerlei inhaltliche Übereinstimmung zwischen Mandatsträger/in und Kandidat/in voraussetzt. Auch ohne jegliche programmatische Übereinstimmung mit „ihrem" Kandidaten kann etwa die Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde dafür sorgen wollen, dass alle relevanten politischen Strömungen bei der Präsidentschaftswahl vertreten sind. Aufgrund der Veröffentlichung der Namen aller „Wahlpaten" wurde es dennoch in den letzten Jahren für die extreme Rechte mitunter delikat, diese Voraussetzung zu erfüllen: Aus inhaltlichen Gründen wird es den Mandatsträgern oft unangenehm, als Unterzeichner/in für Le Pen in Erscheinung zu treten.

Abgeordneter der Auslandsfranzosen in Israel lässt Marine Le Pen die Hürde passieren

Marine Le Pen konnte die Hürde aber nun nehmen, und – wie sie bereits am Dienstag, den 13. März öffentlich verkündete – ihre 500 Unterschriften sammeln. Und dabei verfügt sie dank des Zufalls auch noch über ein Symbol, das Teile ihrer Partei bereits eifrig herausstreichen, um sich einmal mehr durch ein Alibi gegen Faschismus- oder Antisemitismusvorwürfe zu wappnen: Der 500. Unterzeichner für Marine Le Pen ist ausgerechnet ein Abgeordneter der Auslandsfranzosen in – Israel, der im französischen Parlament sitzt.

Es handelt sich um den rechten Franko-Israeli, Sylvain Semhoun; einen Parlamentarier der Regierungspartei UMP, welcher dem Vernehmen nach über die „zu araberfreundliche Politik von Nicolas Sarkozy" enttäuscht sein soll (obwohl Sarkozy etwa anlässlich des Libanonkriegs im Juli/August 2006 als beinharter Unterstützer der israelischen Rechtsregierung auftrat), nachdem er Sarkozys Aufstieg ursprünglich unterstützt hatte. Innerhalb der extremen Rechten nutzten die offen antisemitischen „Dissidenten" gegen den „Modernisierungs"kurs Marine Le Pens die Episode, um einmal mehr der aktuellen Parteiführung des FN ideologischen Ausverkauf und Anpassung ans System zu unterstellen, insbesondere im Blog der altfaschistischen Wochenzeitung Rivarol.

Vier Kandidaten auf der Rechten, von konservativ über rechtsextrem bis Spinnertum

Voraussichtlich zehn Personen können im ersten Wahlgang am 22. April dieses Jahres antreten; in die Stichwahl am 06. Mai 12 werden dann die beiden bestplatzierten Bewerber(-innen ?) einziehen können. Auf der Linken sind insgesamt fünf der voraussichtlichen Kandidaten angesiedelt, ein sechster Bewerber in der rechten Mitte: der christlich-liberale Mitte-Rechts-Politiker François Bayrou. Die übrigen vier Kandidaten stehen, mit Abstufungen, auf der politischen Rechten. Es handelt sich um Amtsinhaber Nicolas Sarkozy, die Kandidatin des Front National – Marine Le Pen -, den rechtsbürgerlichen EU-Kritiker Nicolas Dupont-Aignan und den Sektenkandidaten Jacques Cheminade. Letzter, der bereits zur Präsidentschaftswahl 1995 antreten konnte (und damals 0,28 % der Stimmen erhielt), ist der französische Repräsentant des US-amerikanischen Milliardärs und Verschwörungstheoretikers Lyndon LaRouche.

Der „soziale Gaullist" und EU-Skeptiker Nicolas Dupont-Aignan seinerseits setzt zwar zum Teil auf nationalistische Rhetorik gegen die EU, ist jedoch anders als die rechtsextremen Unions-Gegner im Prinzip ein bürgerlicher Demokrat (und kritisierte im Juli/August 2010 die damalige heftige rassistische Kampagne der Sarkozy-Regierung). Allerdings antwortete er vor anderthalb Wochen in der Zeitschrift ‚Figaro-Magazine' auf die Frage, wen er als Premierminister nehmen würde, falls er zum Präsidenten gewählt wurde: „Marine Le Pen". Zwar hatte er laut eigenen Angaben noch die Namen „Arnaud Montebourg" (sozialdemokratischer Globalisierungskritiker) und „Jean-Pierre Chevènement" (Linksnationalist, EU-Skeptiker und Innenminister zwischen 1997 und 2000) hinzugefügt, diese wurden jedoch durch die Zeitschrift nicht mit veröffentlicht.

Regierungslager betreibt offen aggressiven Wahlkampf

Wenn es gegen Ausländer geht, kommen die Sprüche am besten an. Am vorletzten Sonntag, den 11. März steht Premierminister François Fillon kurz vor 13 Uhr auf der Bühne in den riesigen Messehallen von Villepinte, ein Dutzend Kilometer nördlich von Paris in Sichtweite des Flughafens Charles de Gaulle. Er rühmt sich der Erfolge seiner Regierung im Kampf gegen die Krise, für wirtschaftliche „Reformen" und gegen „Blockadekräfte", womit vor allem Gewerkschaften gemeint sind. Am meisten Applaus erhält aber seine Passage gegen das Wahlrecht für Einwanderer auf kommunaler Ebene, das durch die oppositionelle Sozialdemokratie befürwortet wird. Dieses Wahlrecht würde, behauptet Fillon, bedrohlich „den Kommunitarismus stärken" (also das Gruppendenken auf der Grundlage von Partikularinteressen), den es zu bekämpfen gelte und der „mit uns nicht durchkommen wird". Gemeint ist damit, dass Gruppen, die nunmehr auch wählen dürften, Sonderwünsche oder -interessen anmelden könnten.

An jenem 11. März ist Fillon einer der Vorredner von Präsidentschaftskandidat und Amtsinhaber Nicolas Sarkozy, der als Letzter vor den versammelten rund 30 000 bis 50 000 Anhängern spricht. Diese wurden aus ganz Frankreich angekarrt: Zehn TGV-Sonderzüge und Hunderte von Bussen bezahlte die Regierungspartei UMP dafür, die drei Millionen Euro für die Großveranstaltung der Superlative ausgegeben haben soll. (Bis dahin handelte es sich um die größte Veranstaltung im französischen Wahlkampf. Am vergangenen Sonntag, den 18. März – dem Jahrestag des Beginns der Commune de Paris im März 1871 – wurde sie allerdings locker durch die französische „Linksfront" übertrumpft. Dieser Zusammenschluss aus französischer KP und einer Linksabspaltung von der Sozialdemokratie konnte rund 100 000 Anhänger/innen und Gewerkschafterinnen zu einer Demonstration und einer Abschlusskundgebung auf dem Bastille-Platz mobilisieren. Im Gegensatz zu Sarkozy Parteigänger hatten sie, sofern von außerhalb des Raums Paris angereist, ihre Zugfahrkarten aus eigener Tasche bezahlen müssen.)

Nach Fillon kommen der alternde Schauspieler Gérard Depardieu (dem Sarkozy einige Steuerprobleme geregelt haben soll), der Sänger Enrico Macias und andere Prominente an die Reihe. Um punkt 14 Uhr spricht Sarkozy genau eine Stunde lang, für die Sendezeiten des Fernsehens getimed. Er wirkt weniger dynamisch, weniger kämpferisch als in der

Vergangenheit – zwei Tage zuvor hat er dem Publikum versichert, falls er die Präsidentschaftswahl von Ende April und Anfang Mai verliere, werde er sich aus dem politischen Leben zurückziehen. Viele seiner Ankündigungen sind bekannt. Und dann kommt der erste neue Vorschlag: Sarkozy will „die Schengen-Abkommen aussetzen", nach zwölf Monaten „Überprüfzeit", falls die europäischen Behörden sich nicht in der Lage zeigten, „unsere Grenzen besser zu schützen". Gegen unerwünschte Einwanderung.

Deren Bekämpfung dürfe „nicht länger den Technokraten und den Richtern überlassen" bleiben. Vielmehr möchte Sarkozy die gerichtliche Überprüfung von Abschiebungsentscheidungen, die den Grundrechtsschutz gewährleisten soll, erheblich einschränken: Die Politik müsse das letzte Wort haben. Und folgen die EU-Strukturen seinen Wünschen nicht, dann will er durch die Aussetzung der Schengen-Vereinbarungen nationale Grenzkontrollen wiedereinführen – an allen Außengrenzen, etwa nach Italien, Deutschland oder Belgien.

Wahlkampf gegen „Ausländer"...

Einwanderung ist ein Thema, das von Sarkozy und seinem konservativ-wirtschaftsliberalen Lager in diesem Wahlkampf viel beschworen wird, um entsprechende Ressentiments möglichst stark zum Schwingen zu bringen. „Es gibt zu viele Ausländer auf unserem Territorium", erklärte Sarkozy am 06. März wörtlich im Fernsehsender France 2, und dies sei der Grund, warum „unser Integrationssystem nicht länger funktioniert". Er fügte hinzu, die Zahl der jährlich erteilten Aufenthaltstitel müsse ungefähr „halbiert" werden. Statt 180 000 Aufenthaltsgenehmigungen – die alle Kategorien umfasst, von ausländischen Studierenden mit kurz- oder mittelfristigem Aufenthalt über Ehegatten von Französinnen oder Franzosen bis zu Asylsuchenden – dürften in Zukunft nur noch 100 000 erteilt werden.

Die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen versucht dies natürlich noch zu übersteigern und spricht ihrerseits von nur noch „10 000 pro Jahr", wobei diese Aufenthaltstitel bevorzugt an „Topstudenten" mit Spitzenniveau zu vergeben seien.

Diese Wahlkampfmethode spitzte sich in den ersten Märztagen zeitweilig Polemik um Essen nach Halal- oder Koscher-Vorschriften, also muslimischen und jüdischen Speiseanleitungen, und entsprechende Schlachtmethoden zu. Am Montag, den 05. März behauptete Sarkozy bei einem Abstecher in Saint-Quentin in der Picardie sogar öffentlich, dieses Thema sei „die wichtigste Sorge, die derzeit die Franzosen beschäftigt" – eine absurde Behauptung, während in Wirklichkeit weitaus eher die Frage nach Arbeitsplätzen und Kaufkraft, also Löhnen und Gehältern, die französische Bevölkerung umtreibt. Ein gewichtiger Unterschied dürfte dabei freilich darin liegen, dass Sarkozy für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten fünf Jahre einen gehörigen Anteil an Verantwortung trägt, für seine Bilanz auf diesem Gebiet aber lieber nicht öffentlich gerade stehen will. Für die Speisevorschriften von Muslimen und Juden hingegen trägt er erst einmal keinerlei Verantwortung.

Gestartet hatte die aktuelle Auseinandersetzung die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen. Anlässlich einer zweitägigen Wahlkampfveranstaltung – dem „Präsidentschaftskonvent" ihrer Partei, des Front National (FN) – in Lille am 18./19. Februar 12 hatte sie die Aufmerksamkeit der Medien mit folgender Behauptung erregt: In der Region Ile-de-France, also im Großraum Paris, seien „100 Prozent des gehandelten Fleischs halal", also nach moslemischen Speisevorschriften zubereitet. Diese sehen vor, dass das Vieh ausbluten muss, bevor der Tod eintritt, weil sowohl nach muslimischer als auch nach jüdischer Auffassung n Todeseintritt vor dem Austritt des Blutes bedeutet, „Aas zu essen".

Daran wurden in der Vergangenheit mitunter tierschützerische Bedenken geäußert, wobei es seitens einiger moslemischer Verbände auch Kompromissvorschläge gab – etwa für eine Betäubung von Schlachttieren, die einen Bewusstseinsverlust, jedoch nicht den Tod vor dem Ausbluten eintreten lassen. Doch die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen war nicht in erster Linie auf Belange des Tierschutzes bedacht. Ihr ging es vielmehr darum, das Gefühl von „Überfremdung" zu schüren, indem sie suggerierte, die Franzosen müssten auch unfreiwillig und ohne ihr Wissen halal zubereitetes Fleisch essen – ihnen würden also die für Muslime geltenden Vorschriften aufgezwungen.

Ihre Behauptung stand jedoch auf tönernen Füßen. Denn was die rechtsextreme Politikerin nicht dazu sagte, war, dass zwar alle vier im Raum Paris angesiedelten Schlachthöfe aus Kostengründen das Fleisch für alle Kundenschichten auf dieselbe Weise zubereiten – also nach Halal-Vorschriften schlachten, weil Nichtmuslimen der Verzehr solchen Fleisches ja nicht vom Glauben her verboten ist, umgekehrt aber schon –, diese vier Schlachthöfe aber nur einen geringen Teil des Bedarfs decken. Denn der Löwenanteil des Fleischkonsums in Paris und Umland wird aus den darum herum liegenden Regionen eingeführt.

Präsident Sarkozy selbst antwortete Ende Februar bei einem Besuch des Großmarkts von Rungis auf Marine Le Pen, „nur 2,5 Prozent des Fleischverbrauchs im Raum Paris" seien halal. Auch diese Zahl war übrigens falsch, und Sarkozy irrte: 2,5 Prozent sind vielmehr der Anteil des Fleischkonsums in der Hauptstadtregion, der aus den eigenen Schlachthöfen der Region gedeckt wird. Hingegen beträgt der Anteil von halal geschlachteten Tieren: bei den Schweinen – die weder durch Muslime noch durch Juden verspeist werden – null Prozent, bei Rindern rund 12 Prozent, bei Hammeln dagegen 49 Prozent.

Zu dem Zeitpunkt war Sarkozy selbst der Auffassung, „diese Polemik" sei vollkommen „unnütz". So erklärte er es bei seinem Wahlkampfbesuch in den Markthallen von Rungis. Und Marine Le Pen ihrerseits musste sich Anfang März bei ihrem Abstecher beim Salon de l'agriculture, also auf der Pariser Landwirtschaftsmesse, vor Unternehmern des Fleischsektors rechtfertigen – diese befürchteten, ihnen werde ihr Geschäft verdorben. Eine lustige Note bekam die Sache noch dadurch, dass ein Regionalparlamentarier von Marine Le Pens eigener Partei in Nordfrankreich zurücktreten musste: Er ist Fleischgroßhändler, und es stellte sich heraus, dass er aus Kostengründen selbst alles auf halal umgestellt hatte. Nach diesen lustigen Abschnitten hätte die Polemik auch ganz gut vorüber sein und abklingen können.

...und ihr Wahlrecht

Doch dem war nicht so: Am ersten Märzwochenende wurde sie erneut angefacht. Neues Öl ins Feuer goss Sarkozys rechter Innenminister Claude Guéant, der schon des Öfteren als Mann fürs ganz Grobe aufgetreten war und wieder einmal tief in die Kiste mit den Ressentiments griff. Am 02. März 2012 rief er öffentlich aus, nun sehe man doch, warum man nicht das kommunale Wahlrecht für seit längerem im Land lebende Ausländer einführen dürfte – dieses war von Nicolas Sarkozy im Jahr 2005 noch befürwortet worden, jetzt macht er Wahlkampf dagegen, während sich die sozialdemokratische Opposition zaghaft dafür ausspricht. Denn dürften die Einwanderer auf lokaler Ebene votieren, „dann werden die von ihnen mitgewählten Bürgermeister überall in den Kantinen Halal-Fleisch vorschreiben", malte der Minister drohend aus. Und machte damit unmissverständlich klar, worum es in dieser Debatte in Wirklichkeit hauptsächlich ging. Nämlich nicht um Speisevorschriften, sondern darum klarzustellen, wer legitimer Weise in Frankreich zu Hause ist und Vorstellungen vom Zusammenleben äußern darf – und wer nicht.

Am folgenden Tag, bei einer Großveranstaltung in Bordeaux, schlug Kandidat Sarkozy dann genau in dieselbe Kerbe.

Auf dieselbe Idee spielte am Sonntag, den 12. März dann auch Premierminister Fillon an.

Juden & Moslems bekommen ihr Fett ab

Ausgerechnet sein Premierminister François Fillon, der sonst als eher moderater Politiker im konservativen Lager gilt, spitzte die Sache im weiteren Verlauf dann noch stärker zu.

Er wandte sich offen gegen jüdische ebenso wie muslimische Gemeinden und ihre traditions ancestrales – ungefähr: „ihre von den alten Ahnen (ancêtres) übernommenen Traditionen". Und fragte sich, „ob diese in einer modernen Gesellschaft" noch „ihren Platz" hätten. Nun kann zwar jeder Privatmensch seine Auffassung, wie immer sie lauten möge, zur Frage religiöser Glaubensinhalte und daraus abgeleiteter Vorschriften haben. Als amtierender Regierungschef aber muss der Mann theoretisch ebenso als politischer Vertreter der französischen Juden und Muslime da sein, wie beispielsweise für Christen oder Atheisten.

Durch diese Aussprüche hatte François Fillon vorübergehend auch den Front National, der sich zumindest mit offenen Angriffen gegen Juden – welche Marine Le Pen aufgrund der notorischen, teilweise unverhohlenen Nazi-Sympathien in der Gründergeneration der Partei taktisch ungeraten erscheinen – heute mehr als zurückhält, überholt.

Nicht nur der Zentralrat der französischen Juden CRIF und der muslimische Dachverband CFCM protestierten heftig. Um die Dinge wieder halbwegs ins Lot zu bringen, traf Premierminister Fillon daraufhin mit dem französischen Oberrabbiner und anderen Repräsentanten der jüdischen Religion zusammen und sprach auf „beruhigende" Weise mit ihnen. Gespräche mit moslemischen Religionsvertretern standen kurz darauf ebenfalls für Premierminister François Fillon wie auch für „Oppositionsführer" François Hollande auf dem Programm. Und am Mittwoch, den 14. März 12 besuchte Nicolas Sarkozy dann die Grande Mosquée, die Große Moschee von Paris, „um die muslimische Gemeinde in Frankreich zu beruhigen", wie die Mittagsnachrichten des französischen Fernsehens meldeten. Dies ist aber ein kolonialer Stil im Umgang mit den Muslimen. Denn die Grande Mosquée im Zentrum von Paris war 1927 – mitten in der französischen Kolonialzeit in Algerien – als Symbol der Ausstrahlung Frankreichs auf Nordafrika gegründet worden. Und ihre Leiter waren seitdem stets regierungsnahe. Wann immer die in Frankreich lebenden Muslime über gesellschaftliche Schwierigkeiten oder Probleme mit Rassismus klagten, sprangen sie der Regierung zur Seite und attestierten dieser die allerbesten Bemühungen. Zuletzt im Prozess gegen Ex-Innenminister Brice Hortefeux, der wegen rassistischer Beleidigungen gegen Nordafrikaner angeklagt war und 2010 in erster Instanz schuldig gesprochen, 2011 im Berufungsverfahren freigesprochen wurde.

Der sozialdemokratische Politiker Benoît Hamon warnte vor einer „unglaublichen Stigmatisierung der Muslime". Aber auch ein Vorstandsmitglied der Regierungspartei UMP – Salima Saa – erklärte sich „betrübt über die abwertenden Äußerungen" über diese Religionsgemeinschaft. Um die auftretenden Risse in der Regierungspartei zu kitten, durfte sie dann am Sonntag, den 11.03. auf der Bühne in Villepinte die Redner ankündigen Außenminister Alain Juppé erklärte seinerseits die Polemik zum Thema für „nutzlos", und wollte diese Pseudo-Debatte lieber beendet sehen. Um das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten, ist es allerdings längst zu spät.

Bernard Schmid, Paris

Frankreich: Gesetz zur Leugnung des Armenier-Völkermords einkassiert

Was sind die Gründe, und welche Tragweite hat der Richterspruch?

Die türkische Regierung konnte und wollte ihre Zufriedenheit, ja Schadenfreude, kaum verhüllen. Am 28. Februar dieses Jahres hatte der Conseil constitutionnel, also das französische Verfassungsgericht, das neue Gesetz zur Strafandrohung gegen Leugner des Armenier-Völkermords im Ersten Weltkrieg kassiert. Es war am 22. Dezember 2011 durch die Nationalversammlung, das „Unterhaus" des französischen Parlaments, und am 23. Januar 2012 durch den Senat – das parlamentarische „Oberhaus" – verabschiedet worden. Doch infolge der Annahme des Gesetzes hatten eine Reihe von Parlamentariern das Verfassungsgericht angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit des Textes überprüfen zu lassen.

An dem Gesetz hatte es aus guten wie aus negativen Gründen Kritik gegeben. Aus fortschrittlicheren Kreisen wurde etwa dessen Charakter als „Einzelfallgesetz" kritisiert: De facto stellte der Gesetzestext nämlich ausschließlich die Leugnung des ab April 1915 begangenen Massenmords an den Armeniern unter Strafe. Aber beispielsweise nicht das Abstreiten, Relativieren oder Herunterspielen des jüngsten Völkermords der Geschichte, jenes von 1994 an den Tutsi in Rwanda. An dessen Auslösung war das offizielle Frankreich – durch seine massive Rückendeckung für das damals amtierende Regime – alles andere als unbeteiligt gewesen.

Aus den denkbar schlechtesten Gründen wiederum gab es Kritik von Protagonisten der politischen Rechten an der Gesetzesinitiative. So formulierte der zwischen der bürgerlichen und der extremen Rechten stehende, konservativ-reaktionäre Journalist Ivan Rioufol eine solche Kritik. Zunächst bezeichnet er sowohl den Gesetzentwurf zum Armenier-Völkermord als auch das seit 1990 gültige französische Gesetz zur Holocaustleugnung gleichermaßen als „Einschränkung der Meinungsfreiheit" und Kriminalisierung eines „Meinungsdelikts". (Im Hintergrund steht u.a., dass er gerne der extremen Rechten inklusive ihrer faschistischen Komponenten eine Tür zu einer aktiven politischen Rolle offen halten will. Auch wenn er selbst eher im konservativen Lager verankert ist, möchte er sich doch die Option für eine Rechts-Rechts-Allianz ausdrücklich offen halten.) Aus vergleichbaren Motiven sprach der rechtskonservative Abgeordnete Jacques Myard unterdessen von einer „Sowjetisierung der Geschichtsschreibung", die er u.a. dem neuen Gesetz zum Vorwurf machte.

Am 28. Februar 2012 urteilte das von einer Reihe von Parlamentariern – unter ihnen Myard – angerufene Gericht nun, das neue Gesetz habe die Meinungsfreiheit auf unzulässige, d.h. nicht verfassungskonforme Weise eingeschränkt. Dies ist in den Augen der Richter deswegen den Fall, weil das Gesetz einen Tatbestand des Völkermords sanktioniere, der durch denselben Gesetzgeber selbst festgeschrieben worden sei – im Jahr 2001 hatte ein vom französischen Parlament verabschiedetes „Erinnerungsgesetz" den Völkermord an den Armeniern staatsoffiziell anerkannt. Darin sieht das Verfassungsgericht einen entscheidenden Unterschied zur ‚Loi Gayssot' von Juli 1990, also jenem französischen Gesetz, das die Holocaustleugnung – die „Auschwitzlüge" – unter Strafe stellt: Letzteres bezog sich nicht auf eine vom Gesetzgeber selbst etablierte Quelle historischer Wahrheit, sondern auf ein internationales Gerichtsurteil.

Nämlich das Urteil des Tribunals von Nürnberg von 1946/47. Rechtstechnisch ist dies insofern eine andere Vorgehens-

Lagerpflicht für Flüchtlinge abschaffen!

Gesetzentwurf soll am 15.03.2012 im Bayerischen Landtag verabschiedet werden

In Bayern gilt eine strikte Lagerpflicht für Flüchtlinge. Sie hat ihre gesetzliche Grundlage im bayerischen Landesaufnahmegesetz (AufnG) von 2002. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern soll, so die Bayerische Asyldurchführungsverordnung (DV Asyl) von 2002, „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“.

Die Lagerpflicht muss jedoch abgeschafft werden. Sie ist nicht nur menschenunwürdig, sondern nach einem Bericht der Vereinten Nationen ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Die Forderung nach Abschaffung oder zeitlicher Begrenzung der Lagerpflicht wurde von allen ExpertInnen der Landtagsanhörung am 23.04.2009 getragen. Im Landtag selbst gibt es eine Mehrheit aus Grünen, FDP, SPD, und FW für die Begrenzung der Lagerunterbringung auf maximal ein Jahr - lediglich die CSU will an ihrer Abschreckungspolitik festhalten.

CSU und FDP haben sich nach drei Jahren Debatte im bayerischen Landtag und mehr als einem Jahr nach ihrem „Asylkompromiss“ nun auf einen Änderungsentwurf für das AufnG geeinigt, der am 15.03.2012 vom bayerischen Landtag verabschiedet werden und am 01.04.2012 in Kraft treten soll. Eine vorläufige Neuregelung im Vorgriff auf dieses Gesetz ist seit April 2011 in Kraft. Doch dieser mangelhafte Kompromiss erlaubt es nur wenigen Flüchtlingen, aus den Flüchtlingslagern auszuziehen.

http://www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Demonstration gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Bayern beginnt mit Abschiebungen nach Afghanistan / 300 Flüchtlinge und UnterstützerInnen forderten am 3.3.12, Abschiebestopp

Am heutigen Samstag, den 03.03.2012, forderten 300 Flüchtlinge und UnterstützerInnen in München einen Abschiebestopp nach Afghanistan. Bei schönem Wetter zogen sie vom Stachus über den Hauptbahnhof und das Bahnhofsviertel zum Sendlinger Tor.

Bayern hat wieder mit Abschiebungen nach Afghanistan begonnen. Einer der ersten Betroffenen ist der 21-jährige Ismail Afzali aus Passau. Er sitzt derzeit in München Stadelheim in Abschiebehaft. Weitere sollen folgen. Die Wiederaufnahme der Abschiebungen geht auf ein Rundschreiben des Bayerischen Innenministeriums zurück, das kürzlich bekannt wurde. Darin fordert das Innenministerium die Ausländerbehörden auf, afghanische Flüchtlinge an die zuständigen Zentralen Rückführungsstellen zu melden, damit diese die Abschiebungen einleiten können.

„Flüchtlinge in ein Kriegsgebiet zu schicken und sie Hunger, Obdachlosigkeit und Todesgefahr auszusetzen, ist menschenverachtend“, erklärt Markus Geisel vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Während ISAF-Mitarbeiter aufgrund der Gefahrenlage aus Afghanistan abgezogen werden, beginnt Bayern damit, Flüchtlinge dorthin abzuschieben. Dies ist an Zynismus kaum zu überbieten. Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp für Ismail Afzali und alle anderen afghanischen Flüchtlinge in Bayern!“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de, 03.03.2012 ■

Flüchtlinge fordern Bildungsrecht

Kampagne BILDUNG(S)LOS! startet zur KMK in Berlin

08./09. März 2012 | Berlin: Junge Flüchtlinge fordern anlässlich der Kultusministerkonferenz (KMK) ein gleiches Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

Für ca. 170 000 Flüchtlinge, darunter 47 000 Kinder und Heranwachsende gibt es aufgrund ihres Aufenthaltsstatus verschiedene rechtliche Bildungsbarrieren, die bis zu vollständigen Ausbildungs- und Studienverboten reichen können. Diese Menschen werden nicht nur von der Sprachförderung, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und BAföG ausgeschlossen, sondern unterliegen auch indirekten Diskriminierungen. So ist zum Beispiel durch Wohnsitzauflagen und die Residenzpflicht der räumliche Zugang zu Bildungseinrichtungen erschwert oder komplett verhindert.

Die Flüchtlingsjugendinitative „Jugendliche Ohne Grenzen“ (JOG) startet daher anlässlich der Kultusministerkonferenz in Berlin die Kampagne „BILDUNG(S)LOS! – Grenzenlos Bedingungslos auch für Flüchtlinge“. Mit einer eigenen Jugendkonferenz, einer Podiumsdiskussion, Politikergesprächen und einer Bildungslotterie bei der KMK fordern sie ein gleiches Recht auf Bildung. Mit dabei sind auch Qawa Mohamed und Abdul Karim. Qawa erhielt nach der Schule ein Ausbildungsverbot und durfte seine Ausbildung als KFZ-Mechatroniker nicht anfangen. Abdul Karim kam mit 18 Jahren in ein Flüchtlingslager in einem bayrischen Dorf, ein Schulbesuch war unmöglich nicht einmal ein Sprachkurs wurde gewährt.

Zum Kampagnenstart fand ein Gespräch von jungen Flüchtlingen bei der Kultusministerkonferenz (KMK) statt,

---

weise, als der Gesetzgeber sich hier nicht gewissermaßen selbst zitiert, sondern auf ein rechtskräftiges Urteil als „Wahrheitsquelle“ bezieht.

Allerdings bleiben diese juristischen Erwägungen sehr umstritten. In der Pariser Abendzeitung Le Monde vom 05. März 2012 kritisiert Sévane Garibian, Doktorand der Rechtswissenschaft in der Schweiz, es handele sich im Kern um eine „Prämie für Straflosigkeit“: Die Täter des Armenier-Völkermords seien einer gerichtlichen Strafe entgangen – u.a. weil der im Vertrag von Sèvres von 1920 vorgesehene Internationale Strafgerichtshof dazu doch nicht eingerichtet worden sei - , und dies diene nun auch noch als Argument für die Straflosigkeit der Leugnung ihrer Taten. Ihm widerspricht der Rechtsprofessor Hubert Lesaffre in der Ausgabe vom 15. März: Das Verfassungsgericht habe keineswegs für ungestrafte Leugnung plädiert, sondern lediglich auf bestimmten rechtlichen Mechanismen beharrt. Er schlägt vor, Armenien oder ein anderer Staat könnte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die in der Türkei florierende, staatlich sanktionierte Leugnung des Armenier-Genozids zu klagen – die zweifellos eine Einschränkung der Meinungsfreiheit darstelle, da abweichende Äußerungen dort rigoros bestraft werden. Würde die Türkei dafür verurteilt, dann hätte man das geforderte internationale Gerichtsurteil in der Hand…

Nicolas Sarkozy hat bereits angekündigt, im Falle seiner Wiederwahl zum Präsidenten am 06. Mai 2012 werde er das Parlament dazu auffordern, einen neuen Gesetzestext zu der Sache vorzulegen – der wasserdicht sein solle, indem er den Kritiken des Verfassungsgerichts Rechnung trage. Auch der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat François Hollande hat sich in den Stunden nach dem Urteil der Verfassungsrichter, und nochmals anlässlich eines Besuchs in Marseille (Hochburg der armenischstämmigen Bevölkerung in Frankreich), in diesem Sinne ausgesprochen. Hingegen distanziert sich der „Kandidat der Mitte“, der christdemokratisch-liberale Politiker François Bayrou (‚Mouvement Démocrate‘, MoDem) von diesen Bemühungen. Er hatte von Anfang an – wohl um sich von den beiden anderen Bewerbern des Etablishments zu unterscheiden – die Gesetzesinitiative als „Eingriff in die Freiheit der Historiker“ kritisiert.

Bernard Schmid, Paris

die derzeit in Berlin tagt. Zudem wurde eine Kundgebung, eine Jugendkonferenz und Gespräche mit Bundestagsabgeordneten durchgeführt. Die Jugendlichen kritisierten insbesondere den mangelnden Sprachkursanspruch, Ausbildungsverbote, den Ausschluss vom BAföG und BAB sowie fehlende Möglichkeiten, einen Schulabschluss nachzuholen.

Der Präsident der KMK, Senator Ties Rabe (SPD), zeigte Verständnis für die Forderung nach Bildungsgleichberechtigung. Insbesondere bei der Zeit nach der Schule sei noch viel zu tun, erklärte Rabe. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) sah punktuellen Verbesserungsbedarf, etwa bei dem Anspruch auf Sprachkurse sowie bei den Arbeits- und Ausbildungsverboten. Die Abgeordnete Nicole Gohlke (LINKE) unterstützte die Forderungen der Jugendlichen in vollem Umfang.

„Was mit den ArbeitsmigrantInnen passierte, wiederholt sich gegenwärtig bei den Flüchtlingen: Sie leben größtenteils seit vielen Jahren hier und werden auf Dauer in der BRD bleiben. Dennoch wird ihnen der Zugang zu Bildung, Arbeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt“, erklärt Rena Huseinova, Sprecherin der Jugendlichen Ohne Grenzen. „Es kann nicht sein, dass Jugendlichen nach der Schule verboten wird, eine Ausbildung zu absolvieren und dass Flüchtlinge nicht einmal einen Sprachkurs erhalten. Wir wollen endlich gleiche Rechte und eine Chance auf eine richtige Zukunft!“

Unterstützt werden die Jugendlichen bei ihrer Kampagne unter anderem von der GEW, dem AWO Bundesverband, dem Bundesfachverband UMF, der Grünen Jugend, den Jusos, Studentvertretungen, PRO ASYL, den Landesflüchtlingsräten, Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg (Fib), Studierendenvertretungen, dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg, dem GRIPS-Theater Berlin, Migrantenselbstorganisationen und Bildungsexperten wie dem ehemaligen Mitglied im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Prof. Dr. Lothar Krappmann und Prof. Dr. Jörg Maywald.

Jugendliche Ohne Grenzen – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Antirassistische Demonstration am 14. April

DÜSSELDORF. Bereits in der Vergangenheit gab es am Düsseldorfer Flughafen Proteste gegen die dort durchgeführten Abschiebungen. Von den Abschiebungen sind vor allem Roma betroffen. Für den 14. April rufen verschiedene linke Gruppen, unter anderem die Antifaschistische Jugend Düsseldorf, Association début d'histoire und brigada hora azul zu einer Demonstration gegen Rassismus und Abschiebungen in Düsseldorf auf.

Mit der Demonstration wird der Protest nun auch in die Innenstadt getragen. Angelaufen werden Institutionen, wie die Kommunale Ausländerbehörde auf der Willi-Becker-Allee. Ferner ist eine Zwischenkundgebung vor dem ungarischem Konsulat geplant, denn in Ungarn sind Roma unter der derzeitigen rechts-autoritären Regierung massiver Diskriminierung ausgesetzt. Die EU unternimmt nichts gegen die Faschisierung Ungarns. Der Düsseldorfer Marktplatz in der Altstadt ist als Schlusskundgebungsort vorgesehen.

Im Vorfeld der Demonstration werden zwei Info- und Mobilisierungsveranstaltungen stattfinden:

Pressemitteilung: Wieder mehr Abschiebungen im Jahr 2011

„Zum ersten Mal in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Abschiebungen wieder gestiegen. Besonders betroffen waren Menschen aus Serbien, dem Kosovo und Mazedonien“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur nun vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Zahl der Abschiebungen im Jahr 2011 (BT-Drucksache17/8834). Jelpke weiter:

„Insgesamt wurden im letzten Jahr 7917 Menschen aus Deutschland abgeschoben, 359 mehr als 2010. Darunter waren 953 serbische Staatsangehörige, 476 mazedonische Staatsangehörige und 527 Personen aus dem Kosovo. Bund und Länder legen offensichtlich besonderen Nachdruck auf die Abschiebungen in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Bei den Abgeschobenen handelt es sich in der großen Mehrheit um Roma - die entweder in den letzten Jahren als Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien eingereist sind oder, im Falle der Kosovo-Roma, schon lange in Deutschland leben.

40 Prozent der Abschiebungen in den Kosovo lässt sich die Bundespolizei von der europäischen Grenzschutztruppe FRONTEX finanzieren. Die Bundespolizei hat sich an insgesamt 21 Abschiebemaßnahmen mehrerer EU-Staaten beteiligt, die von FRONTEX koordiniert und finanziert wurden. Bei neun dieser Maßnahmen, mehr als doppelt so vielen wie im vergangenen Jahr, war die Bundespolizei federführend beteiligt. Sechs dieser europäischen Abschiebeflüge führten in den Kosovo, drei nach Serbien. Die letzte dieser Maßnahmen fand im Dezember statt, trotz des nahenden Wintereinbruchs im Kosovo und obwohl bekannt ist, dass die meisten der Betroffenen in der Obdachlosigkeit landen. Diese rigorose und kaltherzige Abschiebepolitik muss endlich gestoppt werden.“

Auf zwei Umstände möchte ich besonders hinweisen:

a) Ausweislich der Antwort gab es im Jahr 2011 genau 18 Abschiebungen nach Syrien! Aus einer früheren Kleinen Anfrage der LINKEN zu Abschiebungen nach Syrien ergibt sich, dass im 1. Quartal 2011 zehn Menschen nach Syrien abgeschoben wurden. Das heißt, dass noch acht Menschen ab April 2011 nach Syrien abgeschoben wurden, obwohl längst klar war, in welche unsicheren Verhältnisse man sie schickt!

b) Unter den 30 Hauptzielstaaten von Abschiebungen finden sich mittlerweile alleine 14 Mitgliedstaaten der EU bzw. des „Schengen-Raums“.

Wunderbares Reich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem eine formale Zuständigkeitsregelung mit den Mitteln des Zwangs, der Festnahme und Inhaftierung schutzsuchender Menschen durchgesetzt wird…

Qelle: http://www.ulla-jelpke.de/news Fr., 09.03.2012 ■

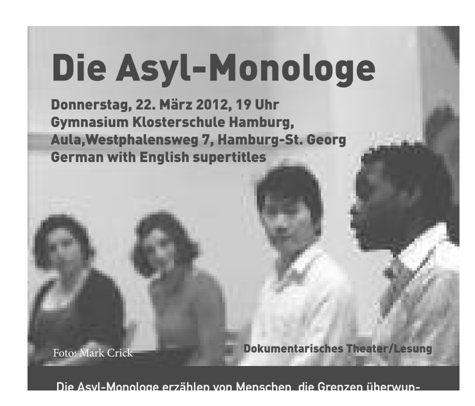
Konsequente Ablehnung

Persilschein für die richterliche Kammer im Fall Oury Jalloh

Die 3 Berufsrichter, die mit dem durch die Nebenklage gestellten Befangenheitsantrag gegen die richterliche Kammer des Magdeburger Revisionsprozesses im Fall Oury Jalloh befasst waren, haben diesen nach sachdienlichen Stellungnahmen aller am Prozess beteiligten Parteien als unbegründet zurückgewiesen.

Angesichts des ungeheuerlichen Vorschlages der Kammer, dem Prozess per Einstellung des Verfahrens nach § 153a gegen Zahlung einer Geldstrafe ein unwiderrufliches Ende mit attestiert minderschwerer Schuld bereiten zu wollen, der wiederholten Ablehnungen objektivierender Beweisanträge (zuletzt der eines ergebnisoffenen Brandgutachtens, in dem Brandumstände, -verlauf und -ergebnis ohne Zugrundelegung der bisher durch nichts verifizierten Hypothese von der Selbstentzündung mittels – anfänglich gar nicht asserviertem! – Feuerzeug hätten rekonstruiert werden können), der Vorwegnahme einer wesentlich urteilenden Schlussfolgerung bezüglich der Ereignisse vom 7.1.2005 in Dessau in der Ablehnungsbegründung zu diesem Brandgut- →





Die Asyl-Monologe erzählen von Ali aus Togo, von Freunden liebevoll „Präsident“ genannt, Felleke aus Äthiopien, der erst willensstark Abschiebeversuche verhindern muss, um dann einen Menschenrechtspreis überreicht zu bekommen, und Safiye, die nach Jahren der Haft in der Türkei und einer absurden Asylablehnung sich für das Lebensbejahenste überhaupt entscheidet: sie schenkt einem Sohn und einer Tochter das Leben.

Musik: Michael Edwards, Dramaturgie und Regie: Michael Ruf mit: Asad Schwarz-Msesilamba, Kolja Unger, Katarina Gaub und Britta Bothe (Violine) im Anschluss Publikumsgespräch mit Ali Touré

Eintritt: AsylbewerberInnen: frei, SchülerInnen: 2 EURermäßigt: 4 EUR, normal: 6 EUR

Eine Bühne – ein Scheinwerfer – ein Cello – drei SchauspielerInnen, die Erzähler dreier berührender und ermutigender Biografien sind, und ein Publikum, das darauf vertraut, jetzt nichts anderes zu erleben als die Wahrheit.

Bühne für Menschenrechte e.V.

Das Projekt baut ein nationales Netzwerk auf, das aus professionellen SchauspielerInnen und MusikerInnen besteht, die sich der Aufgabe widmen, öffentliche Aufmerksamkeit für aktuelle Menschenrechtsfragen zu erzeugen.

Inspiration sind die Actors for Human Rights aus Großbritannien. 600 professionelle SchauspielerInnen haben seit 2006 Aufführungen vor mehreren zehntausend Personen dargeboten. Der Erfolg der ersten Produktion hat dort zur Entwicklung und Aufführung von mittlerweile zehn dokumentarischen Theaterstücken geführt.

Die Asyl-Monologe bei Ihnen

Wir reagieren auf Anfragen von Organisationen, Gruppen und Theater-häusern, die Gastgeber der Asyl-Monologe sein möchten. Auch mit relativ geringen Mitteln ist es möglich, eine Darbietung zu organisieren. www.buehne-fuer-menschenrechte.de

Team: Anne Lepper, Hanna Klein, Kolja Unger, Marike Bode, Thorben Matthies

---

achten, wie auch der kolportierten Aussage der vorsitzenden Richterin Claudia Methling zur Meidung möglicher Beschwerden von Tierschützern bei Verbrennung eines Schweinekadavers zu gutachterlichen Zwecken, stellt sich dem interessierten Beobachter die augenscheinliche Frage nach den „rechtsstaatlichen“ Wertmaßstäben dieser Entscheidungsfindung.

Die zuständige Kammer des Landgerichtes in Magdeburg hat es in den 14 Monaten ihrer Verfahrensführung tunlichst vermieden, den seitens des BGH eingeforderten Mindestanforderungen an das Revisionsverfahren auch nur annähernd gerecht zu werden – eine objektivierende Vervollständigung der Beweisaufnahme wurde nachhaltig verhindert, eine Benennung der offensichtlich stattgehabten pflichtverletzenden Verantwortlichkeiten wurde zu keiner Zeit angestrebt und der explizit zuerkannte Anspruch der Hinterbliebenen auf ein rechtsstaatliches Verfahren erneut boykottiert!

Seit nunmehr über 7 Jahren beweist die vorgeblich vom Staatswesen unabhängige Judikative wiederholt, wozu sie nachhaltig eben nicht in der Lage ist – nämlich zu rückhaltloser Aufklärung von Fällen exekutiver Fehlleistungen, inklusive solcher mit tödlichen Konsequenzen. Im ‚Regelfall‘ einer solchen Konstellation wird bereits das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren sang- und klanglos eingestellt, weil sich angeblich kein Verdacht auf strafrechtlich relevantes Verhalten der handelnden (tötenden) Beamten eruieren ließe. Wie ein solches Szenario etabliert wird, lässt sich auch im Fall Oury Jalloh exemplarisch nachvollziehen: Beweisende Dokumentationen und Zeugenaussagen werden manipuliert oder unterschlagen und der Fokus der „Untersuchung“ durch (gern auch hypothetische) Schuldzuweisungen an die jeweiligen Opfer quasi ins Gegenteil verkehrt. Lässt sich aufgrund nachhaltigem öffentlichen Aufklärungsdruck eine Anklageerhebung dann doch nicht mehr umgehen, wird diese im inhaltlichen Vorwurf und personellen Umfang auf das nicht zu vermeidende Mindestmaß eingegrenzt. Langwierige, skandalöse „Gerichtsverfahren“ zielen eher auf finanzielle Ausblutung und moralische Zermürbung von Opfern und deren Angehörigen als auf tatsächliche Aufklärungsbemühungen ab. Die hier praktizierte institutionalisierte Kapitulation des Rechtsstaates im Angesicht tödlicher Handlungsweisen polizeilicher Beamter ist nicht ‚nur‘ ein unerträgliches Signal an die Opfer, sondern insbesondere ein fatales an die Täter – ein ‚rechtsstaatlich‘ unverhohlenes „Weiter so!“.

Vor diesem Hintergrund und nach dem aktuellen Prozessverlauf am Magdeburger Landgericht darf man auf das Urteil und deren Begründung zwar gespannt sein – Aufklärung oder gar Gerechtigkeit können allerdings getrost ausgeschlossen werden.

PM The VOICE Refugee Forum on Oury Jalloh, Jena, 13.3.2012
http://thevoiceforum.org

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Unsterbliche: Alter brauner Wein in neuen Schläuchen

Manchmal kann eine simple Werbebeilage mehr über den Charakter einer Zeitschrift aussagen als ihr redaktioneller Teil: „Das legendäre Kampfmesser des 2. Weltkriegs! Infanteriemesser 42“ offeriert die im schweizerischen Cheseaux ansässige Editions Atlas SA (auch wenn sich die Abkürzung in diesem Zusammenhang seltsam ausnimmt, bedeutet sie lediglich die Rechtsform Aktiengesellschaft) für müde 4,90 €. Passend zum vermuteten Charakter der ZUERST!-Leser wird dann erläutert: „Das Infanteriemesser 42 sollte die Forderungen der Truppe an das Heereswaffenamt nach einem einfachen Messer erfüllen, das sowohl für den Alltagsgebrauch als auch für den Kampf Mann gegen Mann geeignet war.“ Fast bedauernd klingt die dann folgende Feststellung: „Zu den in Kriegsfilmen oft dargestellten Nahkämpfen mit dem Messer ist es in der Realität ausgesprochen selten gekommen. Zumeist diente das Infanteriemesser als praktisches und zuverlässiges Universalmesser.“
Da aber mit einem Universalmesser einerseits ungefähr so viel Eindruck zu machen ist, wie mit einem Taschen- oder Küchenmesser, nach einer alten Werbeweisheit aber andererseits keine Produkte sondern Gefühle verkauft werden, werden die ZUERST!-Leser zusätzlich geködert: „Infanteriemesser 42 – eine Auszeichnung für den Soldaten! Allerdings blieb die gefertigte Stückzahl des Infanteriemessers 42 immer unter dem Bedarf, so dass nicht alle Landser mit dem Messer ausgerüstet werden konnten. Während des Krieges entstand so der Brauch, es als Geschenk bei der Verleihung der Nahkampfspange oder als Belohnung nach erfolgreichen Einsätzen zu überreichen. Jetzt gibt es das legendäre Infanteriemesser 42 beim ATLAS Verlag als originalgetreue Replik.“ Wenn schon in Europa kein Krieg in Sicht ist, in dem der angebräunte Leser sich „im Kampf Mann gegen Mann“ bewähren kann, dann soll doch wenigstens die Replik das Naziherz erfreuen – selbst wenn sie völlig stumpf ist („Aus Sicherheitsgründen wird das Messer ohne Scharfschliff versandt“). In Zeiten, in denen faschistischer Mordterror an der Tagesordnung ist, fragt man sich, ob der Skinhead, der am Ostermontag 2005 den Dortmunder Punk Thomas Schulz mit einem Messer ermordete, sich von der Werbung des ATLAS Verlages nicht auch angesprochen gefühlt hätte. Passen würde es jedenfalls. Wie sagte doch sein Verteidiger gegenüber der Presse: Der Täter hatte ein Messer dabei, „weil das in der Szene eben üblich ist“.
„Die Unsterblichen“ nennen sich Nazis aus den Reihen der „autonomen Nationalisten“, deren Aktionen in der letzten Zeit ein gewisses Aufsehen erregten und die kürzlich Ziel polizeilicher Maßnahmen wurden. DORIAN REHWALDT, der sich für ZUERST! Mit den „Unsterblichen“ befasste, kann vor Bewunderung kaum noch längere Sätze formulieren: „Sie kommen meistens in der Nacht. Ohne Vorankündigung. Auf einmal sind sie da. Überwiegend dunkel gekleidet, weiße Masken verdecken die Gesichter. Sie haben Fackeln dabei, Transparente, Megaphone, Böller. Und eine Botschaft, die vermutlich in den Ohren vieler Mitbürger ebenso radikal wie befremdlich klingen dürfte: ‚Die Demokraten bringen uns den Volkstod.‘ Manchmal sind es nur ein Dutzend, manchmal mehrere Hundert. Sie waren in Stolpen, Rodewisch, Leisnig, Hannover, Karlsruhe – fast zwanzig solcher Aktionen fanden bisher bundesweit statt. Initialzündung war ein Aufmarsch in Bautzen am 1. Mai 2011. Sie nennen sich die ‚Unsterblichen‘. Und genauso schnell, wie sie auftauchen, sind sie auch wieder weg. Verschwunden im Dunkel der Nacht“.
Dem gesamten Text, der unter dem Titel „Mit weißen Masken – mit einer neuen Aktionsform machen Aktivisten auf den drohenden Untergang des deutschen Volkes aufmerksam“, ist die Faszination des Autoren anzumerken. Da ist die Rede von einem „kunstvoll gestaltete(n) Videoclip, ... der die Aktion gekonnt in Szene setzt ...In nicht einmal zwei Minuten entfaltet das Video eine atemberaubende Atmosphäre voller Kraft und Entschlossenheit. … Ein neues Phänomen, das Freund und Feind aufgeschreckt hat: radikal, verstörend, faszinierend“.
Die Hintergründe des Spektakels erläutert im Interview Robert S., der von Rehwaldt so vorgestellt wird: „Robert S. (22), Student der Wirtschaftswissenschaften in Dresden (Angaben von der Redaktion geändert). Ein äußerlich unauffälliger Junger Mann, völlig ohne die Accessoires, die als ‚typisch rechts‘ gelten. Er tritt selbstbewußt auf, artikuliert sich klar und direkt. Und macht keinen Hehl daraus, daß er sich als Teil einer Bewegung ansieht, die den Widerstand gegen politische Mißstände radikal artikuliert“. In der Tat, „Robert S.“ äußert sich unter der Überschrift „Propaganda ist alles“ erstaunlich offen: „Zunächst einmal sind die ‚Unsterblichen‘ keine Gruppe oder gar Bewegung, sondern eine Form der Propaganda, ein politisches Werkzeug. Spontandemos und spontane Fackelzüge in der Nacht gab es ja auch vorher schon. Bei den `Unsterblichen´-Aktionen werden gezielt Schwächen im System ausgenutzt, um erfolgreiche propagandistische Effekte zu erzielen. Und zwar nach außen wie nach innen. Weil gute Propaganda auch intern anziehend und überzeugend wirkt. Kann man so auch die Inhalte der völkischen Bewegung insgesamt beeinflussen. …Die Maskierung, die Fackeln, die ‚Mystik‘, die in der Nachbereitung erzeugt wird, das alles ist ja nur eine von vielen Propagandaformen. Sie soll neugierig machen und das Interesse am Thema wecken“.
So viel zur Form. Aber auch der Inhalt ist nicht weniger als geheimnisvoll und mystisch, handelt es sich doch um einfache faschistische Ideologie, ohne jeden Versuch, sie als etwas anderes darstellen zu wollen: „Unserer Ansicht nach sind die Herrschenden Demokraten. Sie haben das politische System ‚Demokratie‘ zum Ideal erklärt. In Wahrheit ist dieses System nicht ideal und führt in seiner machtpolitischen Realität den Tod unseres Volkes herbei – übrigens im Gegensatz zu allen anderen politischen Systemen der Geschichte und trotz der heutigen medizinischen Perfektion und der Abwesenheit großer Kriege. Wenn Demokratie Volksherrschaft ist und diese `Volksherrschaft´ dazu führt, daß das Volk stirbt, dann kann diesem System kein völkisch denkender Mensch etwas abgewinnen. Dann kann man aber auch nicht hergehen und den Leuten erzählen, was für ein hervorragendes System die Demokratie `eigentlich´ wäre und es seien nur die falschen Leute an der Spitze“.

(tri) ■